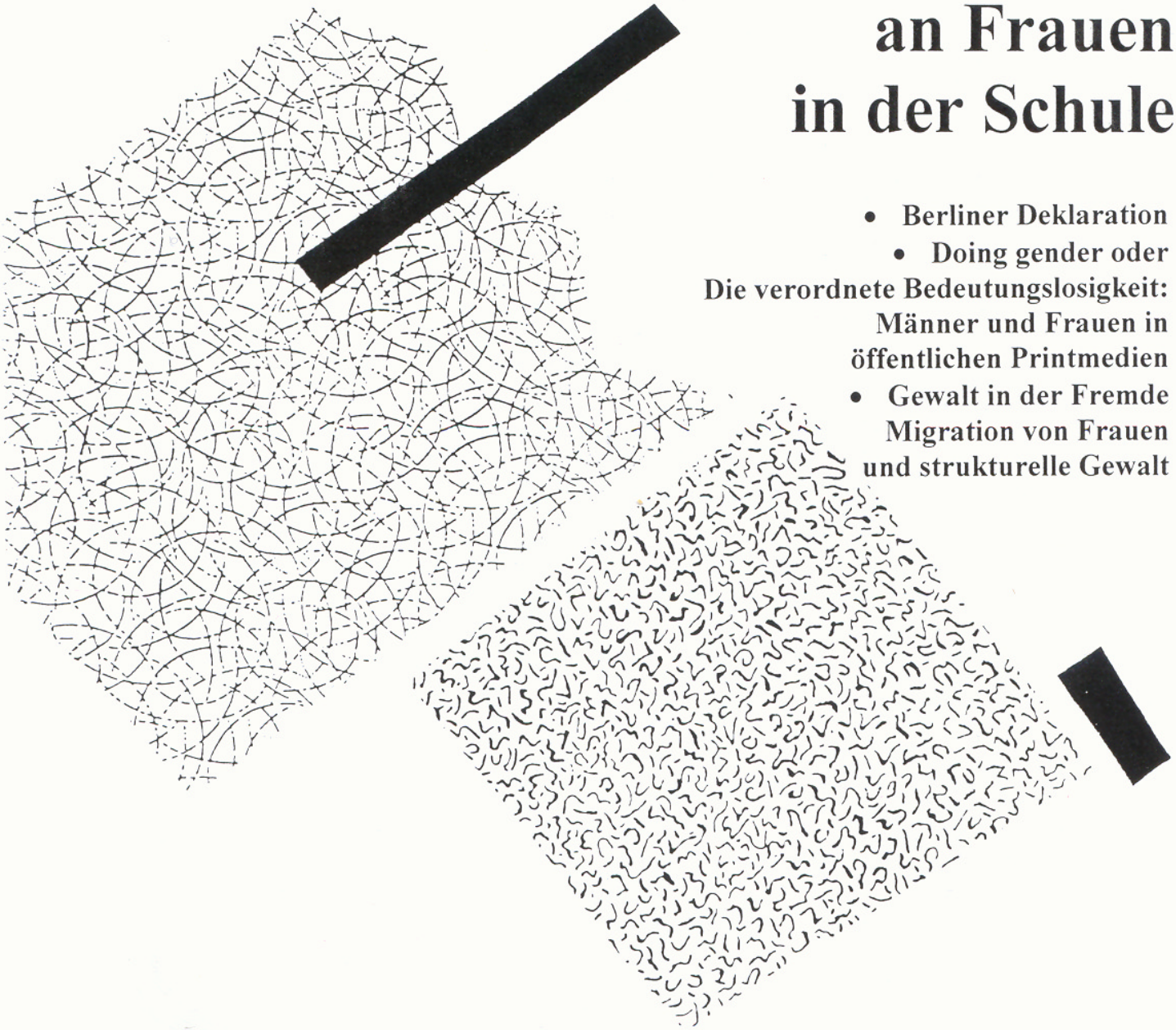
Kofra

101

Zeitschrift für
Feminismus
und Arbeit
Januar/Februar 2003
21 Jg.
ISSN 0949-0000

Handeln gegen alltägliche Gewalt an Frauen in der Schule



- Berliner Deklaration
- Doing gender oder Die verordnete Bedeutungslosigkeit: Männer und Frauen in öffentlichen Printmedien
- Gewalt in der Fremde Migration von Frauen und strukturelle Gewalt

Schwerpunkt **3**

Mutige Frauen im Schulalltag
Handeln gegen alltägliche Gewalt an Frauen in der Schule (Judith Barnickel) **3**

Themen **11**
Doing gender oder die verordnete Bedeutungslosigkeit: Männer und Frauen
In den öffentlichen Medien 11
Wenn der Körper den Geist überholt 13
Gewalt in der Fremde – Migration von Frauen und strukturelle Gewalt 14

Resolutionen/Netzwerke **17**
Hartz-Gesetz ist gender-blind, Sterilisierungsmaßnahmen an kurdischen Frauen, Antidiskriminierungsgesetz für Lesben und Schwule, Gewalt an Frauen keine Chance geben, Öffentlich sichtbar werden – die Wirtschaftsweiber

Nachrichten **20**
20 Jahre Lesbenring, Neue Töne – Geschlechterdemokratie in den Medien, In Deutschland verdienen Frauen besonders wenig, Memorandum der Internationalen Frauenkonferenz, Gemeinschaft der weiblichen Entwickler

Literatur
Verrat am Kindeswohl – Erfahrungen von Müttern mit dem Sorge- und Umgangsrecht, Lexikon der Frauenzitate, Das neue Gewaltschutzgesetz, 1x1=mehr als Eins – Stationen auf dem Weg zur Chancengleichheit, Gewalttätige Männer ändern (sich), Mädchenarbeit im Gendermainstream, Blutiger Sonnenaufgang – mißbraucht und geliebt, Macht über Mägen – Essen machen statt Knappheit verwalten, Diagnose Gewalt,

Termine
Genderkompetenz in der Arbeitsforschung, Grenzen überwinden – Der EU-Erwei-Terungsprozeß und Visionen für Europa aus frauenpolitischer Sicht, Abendteuer Konflikt, Duch dick und dünn, Frauen in Naturwissenschaft und Technik, Conference on Violence against Lesbians

Impressum:
Herausgeberin: Kommunikationszentrum für Frauen zur Arbeits- und Lebenssituation e.V.
Baaderstr. 30, 80469 München, Tel: 089/2010450, e-mail: kofra-muenchen@t-online.de
Jahresabonnement: 6 Ausgaben in ca. 2-monatiger Folge zum Preis von € 18.60 plus Porto.
Einzelheft: € 3.20, Bankverbindung: Bank für Sozialwirtschaft, Konto: 7805500, BLZ 70020500

Mutige Frauen im Schulalltag
Handeln gegen alltägliche Gewalt an Frauen in der Schule

- Judith Barnickel[1] -

Ob als Lehrerin, Studentin, Schülerin - es ist nicht immer leicht, als Frau an diesem Arbeitsplatz oder im Umfeld Schule ruhig, selbstsicher und gelassen zu sein oder zu bleiben.
Die tägliche Konfrontation mit hierarchischen und männlich geprägten Verhaltens- und Machtstrukturen machen Frauen den schulischen Alltag unnötig schwer.
Ob durch sprachliche Herabsetzung, ungebetenes Einmischen in persönliche oder Arbeitsbereiche, Aufdringlichkeiten durch Körpersprache, männlichen Sprachgebrauch oder ausgedehntes Raumverhalten – Frauen wird trotz formaler Gleichstellung immer noch nicht genügend Platz für selbstbewusstes Auftreten und Zeigen/Leben von Stärke zugestanden.
Vor 20 Jahren haben Frauen begonnen, die verschiedenen Gewaltebenen der Institution Schule zu benennen und die Geschlechterhierarchien im Schulwesen aufzudecken. Jetzt ist es an der Zeit, Widerstand zu leisten und Alternativen zu entwickeln.
Doch das Thema „Gewalt gegen Frauen“ hat sich in den letzten Jahren zunehmend auf „Gewalt gegen Mädchen und Kinder“ verlagert. Die Pädagogik, der Schutz und die Prävention für Mädchen und Jungen stehen derzeit auch bei vielen engagierten Frauen im Vordergrund. Frauen setzen sich überwiegend und vorrangig für andere ein und stellen ihren eigenen Schutz und ihr eigenes Wohlergehen hinten an. Damit wird die traditionelle Frauenrolle unreflektiert anerkannt und gefestigt.
Gewalt gegen Frauen allgemein und im Schulsystem hat sich allein durch die Benennung nicht aufgelöst. Stärker denn je sind Frauen im Bildungssystem von den krankmachenden Auswirkungen der verschiedenen Gewaltformen betroffen.

Unterschiedliche Formen von Gewalt gegen Frauen an der Schule

Alle Frauen, die in der Schule arbeiten, sind von Gewaltstrukturen betroffen. Lehrerinnen, Pädagoginnen, Sekretärinnen, Putzfrauen, Mütter... alle werden sie als Frauen gesehen, als zweitrangig gegenüber dem Mann behandelt, abgewertet und diskriminiert. Bei Handlungsansätzen haben Frauen andere Schwierigkeiten zu überwinden als Männer, dazu gehört z.B. die männliche Sicht auf ihre weibliche Geschlechtsrolle.
Gewalt gegen Frauen an Schulen ist offen oder verdeckt vorhanden als:

- strukturelle Gewalt
- körperliche Gewalt
- sexistische, sexuelle Gewalt
- sprachliche Gewalt
- emotionale, psychische Gewalt.

Von ihrer Struktur her ist die Schule eine männerbestimmte, patriarchale Institution, d.h. sie stabilisiert die Geschlechterhierarchie zum Nachteil der Frauen/Mädchen und zu Gunsten der Männer/Jungen. Darüber hinaus läßt die unserem Bildungssystem zu Grunde liegende strukturelle Gewalt der hierarchisch gegliederten Institution Schule mit Notengebung, Leistungsdruck, Selektion, fremdbe-

[1] Lehrerin, Gewerkschafterin und Selbstverteidigungstrainerin (WEN-DO)

stimmtem Lernen, Platzmangel, Zeitdruck, Nachweisbarkeit, kurzfristigen Reaktions- und Handlungsweisen usw. viele nötigen Ansätze (nicht nur beim Thema Gewalt) oft schon im Ansatz scheitern. Dennoch ist es wichtig, die nötigen Veränderungen aufzuzeigen und in der schulischen Praxis die aktuellen und langfristigen Möglichkeiten zu kennen und so viel wie möglich umzusetzen.

Handeln und sich wehren

Eine kritische Auseinandersetzung mit sich selbst, eine realistische Einschätzung der eigenen Ansprüche, Wertigkeiten und Kräfte ist notwendig, um klar und überzeugend im eigenen und im Interesse anderer Frauen handeln zu können. Schutz der eigenen Unversehrtheit – im körperlichen wie im geistig-seelischen Sinn -, das Wissen um die eigenen Grenzen und deren Sicherung, sowie die Entschlossenheit sich zu wehren, sind Grundlagen der frauenbezogenen/feministischen Selbstverteidigung (WEN-DO). Dabei gelten als anzustrebende Ziele:

- Gewaltstrukturen wahrnehmen, erkennen, aufdecken, benennen und verändern
- Stärke entfalten, Mut haben und zeigen
- Das Ziel trotz Rückschlägen nicht aus den Augen verlieren
- Austausch mit unterstützenden Menschen

Jedes selbstständige Wehren bedeutet für Frauen eine einschneidende Veränderung, ein „Aus- der- Rolle- fallen“ und ist eine riesige Mutprobe wegen Angst vor Nachteilen.

Weitere Gefühle können bei einer Lehrerin, die sich wehrt und durchsetzen will, auftreten:

- Angst, dass die eigenen Wahrnehmungen von anderen nicht anerkannt werden.
- Befürchtung, aus der Rolle zu fallen und ins Abseits zu geraten.
- Unsicherheiten in Bezug auf mögliche Handlungsweisen.
- Wut auf den/die Täter.
- Abwehr, um sich zu schützen
- Angst zu handeln, Verantwortung zu übernehmen und die Konsequenzen zu tragen
- Sich schuldig fühlen, das Geschehen/den Übergriff verursacht, verstärkt oder nicht den richtigen Zeitpunkt für eine Intervention ergriffen zu haben
- Hilflosigkeit.

Effektiver Widerstand setzt voraus, sich mit den Motiven und Verhaltensweisen des Gegners/Täters auseinanderzusetzen und sich darüber klar darüber zu sein, daß Gewalt gegen Frauen eine Machtdemonstration ist.

Machtdemonstrationen erkennen und ins eigene Handeln einbeziehen

Durch Gewalt gegen Frauen sollen geschlechtsspezifische Machtstrukturen erhalten, gefestigt und ausgebaut werden. Sie zeigen sich :

1. im Sprachverhalten: Es gilt ein stillschweigendes Redeverbot für Frauen in der Öffentlichkeit, Männer reden länger, Männer geben mehr „Kommentare“, unterbrechen mehr, geben keine Antwort, übergehen oder lassen das/ein Thema untergehen, hören nicht zu, beschäftigen sich mit anderen Dingen... Männliche Bezeichnungen und Benennungen stehen im Vordergrund;
2. in der Körpersprache: Abwehrende Gesten, Mimik, Beschäftigung mit anderen Dingen, Stören durch Geräusche, Zeigen von Desinteresse;
3. durch Zeiteinteilung: Wer legt Termine fest, entscheidet über Beginn, Dauer und Ende? Wer bestimmt die Thematik, die Tagesordnung und die Reihenfolge?
4. durch Raumverhalten: Welche Räume stehen wem zur Verfügung und wer entscheidet darüber? Wer bestimmt die Ausstattung? Welcher Platz steht mir im Raum, am Tisch, beim Betreten oder Verlassen eines Raumes zu? Wer /welche steht wo, geht wohin usw.

   Wenn Frauen Machtdemonstrationen in diesen Bereichen erkannt haben und versuchen, sich dagegen zu wehren, erfahren sie Widerstand, um den Status Quo zu erhalten, wieder herzustellen oder weiter auszubauen.

Widerstandsstrategien erkennen und ins eigene Handeln einbeziehen

Der Widerstand der Lehrerin wird :

- nicht ernst genommen
- abgewertet
- ignoriert, geleugnet, herabgesetzt (als unbegründet, ideologisch, übertrieben bezeichnet)

- übergangen
- lächerlich gemacht (übertrieben, aus dem Zusammenhang gerissen)
- beschwichtigt, trivialisiert (es gibt wichtigeres! Da stehen Sie doch drüber!)
- abgeraten, gewarnt (lassen Sie die Finger davon, das gibt nur Ärger!)
- massiv angegangen

Weitere Reaktionen können sein:
- nicht eingreifen, nicht wahrnehmen
- zur Tagesordnung übergehen
- ausweichen

Handlungsansätze gegen Gewaltsituationen an den Schulen

1. Menschenrechtsverletzungen hautnah: durch strukturelle, sexistische, psychische, sprachliche Gewalt.

Während einer Unterrichtseinheit über Menschenrechte in der 10. Klasse erhält ein sehr guter Schüler auf dem Schulcomputer übelste Mails unbekannter Herkunft, z.B. „fick deine Mutter“, „du bist schwul“, „du Schwein, wir kriegen dich!“ Vier Monate lang hat er nichts gesagt und wurde immer häufiger krank. Als er den Druck nicht mehr aushielt, wandte er sich an seine Klassenlehrerin. Diese erkannte die Gewaltsituation (Mobbing) und respektierte den Vertrauensvorschuss des Schülers, der sich diese Frau als Unterstützerin auswählte, weil sie nicht nur über Menschenrechte unterrichtet, sondern diese Inhalte auch im Alltag authentisch umsetzt.

Aktionen der Lehrerin:

Sie druckte alle erhaltenen E-Mails aus, machte sie in der Klasse öffentlich und leitete sie weiter an die Schulleitung. Sie machte denTäter ausfindig trotz Anonymität im Netz, da sie Computerspezialistin ist! Sie erreichte eine öffentliche und ernsthafte Zurechtweisung der Täter vor der gesamten Klasse und berief eine Lehrerkonferenz zu diesem Thema ein.

Ergebnis:

Die gelieferten Unterlagen an die Schulleitung „verschwanden“ und die Täter waren uneinsichtig: „Es war doch nur Spaß“, „wir hatten Erfolg. Wir haben ihn stillgekriegt!“. Zur Lehrerin sagten sie: „Sie kriegen wir auch noch klein !“

Die Schulleitung unterstützte die Täter durch Bagatellisieren des Geschehens: „War doch nicht so schlimm!“, „Frau Sch. übertreibt, bauscht auf, steigert sich rein !“

Frau Sch. jedoch bleibt konsequent.

Weitere Aktionen der Lehrerin:

Sie besteht auf einer getrennten Diskussion über die Konsequenzen für die Täter ohne die Täter. Ergebnis der Diskussion: Die vier Täter sollen aus der Klasse gewiesen werden, ein Verweis der Schulleitung genügt nicht. Die Lehrerin fordert eine Versammlung des Disziplinarausschusses, mit der Begründung :“Das könnte uns morgen auch passieren.

Ergebnis:

Die Schulleitung schützt die Täter mehr als die von Gewalt Betroffenen und verlangt: „Die Täter sollen mitdiskutieren dürfen !“Sie geht die Lehrerin auf persönlichen und inhaltlichen Ebenen an. Die Täter fühlen sich durch diese Haltung der Schulleitung gestärkt und drohen der Lehrerin: „Ich kann meine Leute schicken und ihre Familie töten !“„Sie sind ausländerfeindlich!“ Schließlich wird sie von einem der Täter (Anführer) selbst angegriffen. Sie erkennt und benennt dies als verbale Gewalt und Morddrohung und erstattet Anzeige bei der Polizei.

Die Eltern des Jugendlichen reagieren prompt und erstatten umgekehrt gegen sie Anzeige wegen „Körperverletzung im Amt“ und „unterlassener Hilfeleistung“ in einem 6 seitigen Schreiben (es ging dabei um eine alltägliche Ermahnung auf einem Schulausflug wegen eines Walkman). Die Lehrerin erhält daraufhin eine gerichtliche Vorladung und muss sich rechtfertigen. Sie beantragt GEW-Rechtschutz, dem allerdings das alles „lächerlich“ erscheint. Bei der Polizei muss sie Gegenbeweise für ihre Unschuld bringen, der Schüler muss nichts beweisen. Das Ziel der Schule ist deutlich: Ernstnehmen und verteidigen des Täters. Das Ziel der Lehrerin ist: Ernstnehmen derer, die von Gewalt betroffen sind (inklusive ihrer selbst).

Mit einer sehr gute privaten Rechtsberatung auf ihrer Seite erstattet die Lehrerin noch einmal Anzeige wegen „falscher Anschuldi-

gungen“. Sie geht in die Offensive und klebt die Vorladung zur Anhörung ins Kommunikationsheft im LehrerInnenzimmer. Sie macht ihren „Angriff“ öffentlich und fragt :“Wer ist wohl als nächstes dran ?“

Eine breite Diskussion unter den Lehrkräften entsteht und die Lehrerin erhält nun überwältigende Unterstützung. Die Schulleitung gerät unter Druck. Das Kollegium möchte, dass die Lehrerin eine Diskussionsgruppe zu diesem Thema organisiert und leitet.

Ein Kollege aus dem Kunstbereich entschuldigt jedoch noch immer den Täter und verteidigt die armen Jungs gegen mächtige Lehrer (v.a. mächtige Frauen): “ er (der Täter) ist selbstmordgefährdet“, „es gibt kein Böses ohne Grund.“ Er verlangt, daß die Lehrerin mit dem Täter und einem Psychologen ein Versöhnungsgespräch führt. Ein anderer äußert: „Bei uns ist der (Täter) nicht so“ und zielt darauf ab, das Geschehen als Einzelproblem der Lehrerin zu deklarieren. .

Die Lehrerin trifft sich mit ihrem Anwalt und bespricht die weitere Vorgehensweise. Ein Gespräch mit einem Psychologen und dem Täter lehnt sie ab. Nachdem der Druck aus dem Kollegium und von Seiten der Lehrerin immer größer wird, sieht die Schulleitung ihre Versäumnisse ein, bittet Frau Sch. zu einem Gespräch und entschuldigt sich: „Ich habe Sie ungerecht behandelt !“ Mit Hilfe von Supervision, rechtlichem Beistand und der Unterstützung durch wohlwollende Menschen behält die Lehrerin ihre klare Linie und ihr Ziel bei.

Es erfolgt eine Abkehr von falscher Harmonie hin zu konfliktorientierter Klarheit mit dem Ziel, konfrontieren zu lernen. Ein Katalog mit verbindlichen Regeln zum respektvollen Umgang zwischen SchülerInnen und LehrerInnen wird erarbeitet. Ziel ist hierbei, den Opferschutz vor den Täterschutz zu stellen.

Die Lehrerin erhält viel Zuspruch, wird immer mutiger und traut sich zu, eine Großveranstaltung an ihrer Schule zu dieser Thematik zu leiten, die sie erfolgreich durchführt. Der Schüler (Täter) wird aus der Klasse ausgeschlossen und verlässt die Schule. Die Lehrerin ist nach langem Kampf zum Vorbild für das Eintreten gegen persönliche und strukturelle Gewalt geworden.

2. Geködert: strukturelle, körperliche, psychische Gewalt.

Frau Z. erhält von der Schulleitung den Auftrag, einen extrem verhaltensgestörten Jungen in ihre 2. Klasse zu integrieren. Zu ihrer Unterstützung ist die Mutter des Jungen im Unterricht anwesend. Die Lehrerin hat von Anfang an Bedenken und spricht diese auch an. Es wird von allen Seiten an ihre Hilfsbereitschaft, Mütterlichkeit und ihr soziales Engagement appelliert (geködert): „er wird überall ausgesondert,“ „keine Schule will ihn“, „er braucht Zuwendung, Hilfe und Unterstützung“, „er braucht Wärme.“

Die anwesende Mutter erweist sich als zusätzliches Problem, da sie die Methoden der Lehrerin nicht unterstützt d.h. keine Hilfestellung gibt. Die Psychologin erteilt der Lehrerin unrealistische Ratschläge, die diese nur noch wütender machen, d.h. es handelt sich hier um eine Konfrontation mit parteilichem Ansatz für den Jungen.

In einem der zahlreichen Konfliktfälle tritt der Schüler mit dem Fuß nach der Lehrerin und verletzt sie am Bein. Die informierte Schulleitung entschuldigt den Jungen und weigert sich, ihn als Täter zu sehen, damit verletzt sie ihre Fürsorgepflicht, die sie für die Beschäftigte wahrzunehmen hat. Die Lehrerin kann diese einfordern, wenn nötig mit Hilfe der Interessenvertretung. Dazu kam es in diesem Fall jedoch nicht, da sie keine Kraft mehr für Auseinandersetzungen und nötige Durchsetzungen aufbrachte.

Ihre Arbeitskraft wurde von mehreren Personen aufs höchste Maß ausgebeutet. Im Sinne einer

falsch verstandenen Pädagogik und Übertragung von Verantwortlichkeiten auf andere Personen wurden der Lehrerin Aufgaben zugeschoben, für die sie eigentlich nicht zuständig war.

Selbst als ihr körperliche Gewalt angetan wurde, empörte sich niemand. Die Lehrerin stand mit ihren Problemen allein da. Ihre Grenzziehungen wurden nicht wahrgenommen, nicht akzeptiert und nicht umgesetzt. Sie war am Ende ihrer Kräfte.

<u>Aktionen:</u>

Als nächsten Schritt kümmert sich Frau Z. um ihre körperliche und psychische Gesundheit, geht zur Ärztin, lässt sich ihre Verlet-

zungen attestieren, heilt sich durch Abstand und eine Kur, damit sie den schulischen Belastungen standhält. In der Selbstverteidigung wird diese Aktion als „aktive Entfernung von einem Gewaltort als Schutzmaßnahme“ gewertet.

Ergebnis:
Als sie von der Kur zurückkommt, weigert sie sich – im Interesse ihrer Gesundheit –, die Situation länger aufrechtzuerhalten. Der Junge mit Mutter und Psychologin ist nun nicht mehr ihr Problem. Sie hat ein deutliches NEIN gesagt, eine Grenze gesetzt und ist unerschütterlich dabeigeblieben. Durch eigene Kraft löste sie diese Gewaltsituation.

Kommentar
Fälle dieser Art werden gern als persönliches, psychologisches Problem und Versagen der Frau interpretiert. Sogar die Frauen selbst helfen anderen aufopferungsbereit, obwohl die eigenen Grenzen schon lange erreicht, ja bereits übertreten wurden. Damit wird die Lehrerin in ein traditionelles Weiblichkeitsmodell gedrängt, das eigene Wohlergehen zu Gunsten anderer zurückzustellen oder aufzugeben. In der Schule wird dies durch die beruflichen Vorgaben der Pädagogik, des grenzenlosen Verstehens, der Orientierungslosigkeit in Bezug auf Normen und Werte und einer falsch verstandenen Toleranz noch verstärkt und häufig sogar unter Androhung von dienstrechtlichen Maßnahmen eingefordert und aufgezwängt. Die zerstörerische Gewalt anderer Menschen, die unterlassene Hilfeleistung und das bewusste oder unbewusste Übersehen der vorhandenen Gewaltstrukturen blieben - im wahrsten Sinne des Wortes- sichtbar an der Lehrerin hängen. Sie wurde in die Rolle der schwachen Frau gedrängt, was sie weder ist noch war. Sie wurde von ihrem persönlichen Kern durch subtile Beeinflussung entfernt (geködert) und ihre anfänglichen realistischen Wahrnehmungen wurden durch Ignoranz und Abwertung immer mehr außer Kraft gesetzt. Dadurch wurde sie isoliert und verlor an Selbstsicherheit.
Die Konzentration auf ihre Stärke und die Einordnung in den Gesamtzusammenhang brachten Frau Z. die Einsicht, nicht individuell versagt zu haben, sondern durch die entschlossene Grenzsetzung ihre eigene Achtung und den eigenen Respekt erhalten zu haben.

3. Die Maus auf der Goldwaage: strukturelle, sexistische, psychische, sprachliche und subtile Gewalt.
Frau Klaus ist Klassenlehrerin einer 4. Klasse. Die Parallelklasse führt der Schulleiter. Er hat Probleme mit der selbstsicheren Lehrerin und versucht, in Alltagssituationen seine Klasse als „die bessere“ dastehen zu lassen. Er fördert subtil und massiv die Konkurrenz, vor allem, wer die bessere Leitung habe. In Bezug auf die Geschlechterthematik gibt es unterschiedliche Wertesysteme. Vor den Kindern zieht der Schulleiter ihren Nachnamen ins Lächerliche. Aus Frau Klaus wird Frau Maus. Alle haben ihren Spaß und die Situation schaukelt sich auf. Die üblen Reden werden immer dreister und häufiger.
Eines Morgens wird es ihr zu bunt. Sie geht in die Parallelklasse und sagt:„Jetzt möchte ich ein für alle Mal klarstellen. Mein Name ist Frau Klaus und ich möchte von euch und von Jhnen so angesprochen werden und nicht anders. Ist das klar ?!“
Der Schulleiter zitiert Frau Klaus sofort in die Schulleitung. Sie verschiebt das Gespräch auf Schulschluss, damit sie sich darauf vorbereiten kann und emotional ruhig ist. Der Schulleiter greift sie an: „So geht das nicht! Wie sie sich aufführen!“ Sie spricht die Herabsetzung und die Respektlosigkeit seiner Äußerungen und in Folge die der Kinder an, woraufhin der Schulleiters antwortet: „Sie verstehen wie immer keinen Spaß.“ Die Lehrerin erklärt ihm den Unterschied zwischen Spaß und Übergriff, zwischen sexistischen Äußerungen, Beleidigungen und der Wirkung der Lehrkraft als Vorbild für die Kinder.
Am nächsten Tag geistert ein geheimer Brief unter den Kindern und löst Amüsement und Erschrecken zugleich aus. Er wurde von einem Schüler aus der Rektorklasse verfasst, der sich seiner Sache so sicher war, dass er sogar mit vollem Namen unterschrieb.
Hier ein Auszug:
„Die Maus
Sie ist einfach nicht nett und hat deswegen keinen Mann im Bett.
Frau Maus spielt immer die coole und wenn sie je Männer hat, dann nur Schwule.

Sie meint sie sieht sexy aus,
die alte Schachtel sieht blöder aus wie´ ne Maus.
Wenn Frau Maus tot ist, sind wir froh,
was von ihr übrig bleibt, ist nur der Po."
Die Lehrerin ist erschüttert und verletzt. Gutgemeinte Worte: „ das sind doch nur Kinder!" oder „da stehst du doch drüber!" oder „mach doch bitte nicht aus der Mücke einen Elefanten!" oder „dein Fell muss einfach noch dicker werden!", werden von verschiedenen Seiten geäußert und tragen zu einer Verharmlosung und Nichtbeachtung und dadurch zu einer Respektierung und Duldung des gezeigten Verhaltens bei. Die Lehrerin entschied sich für eine Grenzsetzung und nahm sich vor, dieses Verhalten nicht zu dulden.

Aktionen:
Sie lässt sich den Brief vom Schüler in einer Überraschungsaktion aushändigen und bringt damit den Beweis in ihre Hände. Sie zeigt ihn der Schulleitung, der ja zugleich Klassenlehrer ist (= Konfrontation), vergrößert ihn und hängt ihn im LehrerInnenzimmer an die Infowand (= Öffentlichkeit herstellen). Sie führt Gespräche mit Lehrerinnen (= Wertung der Tat als Übergriff) und fordert eine angemessene Bestrafung / Zurechtweisung.

Ergebnis:
Der Schulleiter hängt den Brief an der Infotafel wieder ab mit der Begründung: „Die Infotafel ist nur für offizielle Infos der Schulleitung." Gemeinsam mit dem Klassenlehrer entschuldigt er das Verhalten des Schülers - „er ist sonst nicht so", „das meint er nicht so", „das war doch nur ein Jux" - und macht die alleinerziehende Mutter für die mangelnde Erziehung verantwortlich. Frau Klaus erklärt ihm zum wiederholten Male, was sexistische Äußerungen, Respektlosigkeit und Frauenverachtung bedeuten. Er zeigt sich jedoch uneinsichtig und nicht lernbereit: „So sehe ich das nicht," „und im Übrigen, bauschen WIR doch das alles nicht so auf."
Frau Klaus bleibt aber weiterhin konsequent.
Weitere Aktionen:
Die Lehrerin geht zu ihrem Schutz auf bewusste Distanz zum Schulleiter. Dieser versucht daraufhin, eine mit Frau Klaus befreundete Lehrerin auf seine Seite zu ziehen, indem er sich bei ihr über das Verhalten von Frau Klaus beklagt. Er benützt die Frauennetze und versucht diese zu zerstören. Die Lehrerin deckt dies aber auf und spricht ihn daraufhin an: „Reden Sie mit mir und nicht hinter meinen Rücken". Sie fordert damit Offenheit ein, eine wesentliche Voraussetzung gegen Mobbingverhalten. Dies veranlasste den Schulleiter zu den bei Frauen wohlbekannten Ausspruch: „Legen Sie doch nicht immer alles auf die GOLDWAAGE."
Frau Klaus nimmt nun Kontakt mit der Mutter des Schülers auf, der diese ganze Angelegenheit äußerst peinlich war. Sie bestätigt ein sexistisches Klima in der Rektorklasse und teilt mit, dass ihr Sohn den Chef verehrt, ihm nacheifert, es ihm recht machen will und von ihm Bestätigung haben will. Die beiden Frauen sind sich einig, dass der Junge nur der Ausführende ist und der Boden durch sexistische Sprüche vom Schulleiter gelegt wurde. Der verursachende Täter (mit weißem Kragen) bleibt im Hintergrund und windet sich und hofft auf Nichtentdeckung.

Ergebnis:
Auf Drängen seiner Mutter entschuldigt sich der Schüler schriftlich in adäquater Form bei der Lehrerin. Vom Rektor erhält er einen Verweis wegen „grober Beleidigung einer Lehrkraft".
Der Rektor bemerkt, dass die Lehrerin ihn beobachtet und hält sich mehr zurück.

4. Intelligente Rückenmassage: strukturelle, sexistische, sexuelle, sprachliche Gewalt.
Herr A. war bekannt für seine sexistischen, mädchen- und frauenabwertenden Sprüche v.a. während des Unterrichts, im Lehrerzimmer und bei Konferenzen. Jahrelang setzte er trotz Beschwerden diese Verhaltensweisen fort, bis ihm ein deutliches STOPP gesetzt wurde.
Die Mutter einer 15 jährigen Tochter und selbst Lehrerin berichtete folgenden Fall:
Ihre Tochter hatte o.g. Lehrer im Englischunterricht und erzählte ihr von seinen zunehmenden mädchen- und frauenverachtenden Äußerungen im Unterricht: „Mädchen verstehen das nicht", „Mädchen fehlt es an Intel-

ligenz“, „wenn du mir den Rücken kraulst, sprechen wir noch mal über die Note.“ usw.
Die jungen Frauen – durch ihre emanzipierten Mütter in der Wahrnehmung und Einordnung dieser Äußerungen als sexistisch erzogen – empfanden diese Aussprüche als Beleidigung, Diskriminierung und Abwertung ihres Geschlechts.

Aktionen:
Einige Mütter tauschten sich untereinander aus und stärkten sich und ihre Töchter in ihren Wahrnehmungen. Sie unterstützten den Protest und rieten, weitere zukünftige Äußerungen des Lehrers schriftlich im Wortlaut und mit Datum zu notieren, um Beweise zu sichern.
Trotz achtsamer Vorgehensweise wurde dies vom Lehrer entdeckt („Was schreibst du denn da mit ?“), er nahm den Mädchen die Notizen ab und verbot weiteres Mitschreiben. Nun war er informiert, doch er setzte sein Verhalten fort, was zeigt, wie sicher er sich fühlte.
Die jungen Frauen merkten sich nun die Äußerungen und notierten sie im Nachhinein. Dadurch entstand im Laufe einiger Wochen ein Wortprotokoll mit konkreten Aussagen und der Benennung von Zeugen. Auf einer daraufhin einberufenen Elternversammlung, zu der der Klassenlehrer und der Englischlehrer eingeladen wurden, erschien Herr A. nicht.
Das weitere Vorgehen wurde besprochen. Die informierte, engagierte und sachkundige Mutter klärte die Anwesenden über sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz auf und zeigte eine briefliche Mustervorlage, wie gegen einen Belästiger vorzugehen sei.
Ein Brief an Herrn A. mit wurde verfasst, in dem er aufgefordert wurde, seine sexistischen Äußerungen sofort einzustellen. Die Forderung wurden mit Beispielen belegt, begründet und es wurden Konsequenzen für den Fall der Nichteinlösung angedroht. Die Klassenelternsprecherin als Vertreterin der gesamten Elternschaft unterschrieb den Brief und demonstrierte damit solidarisches Handeln und Unterstützung der jungen Frauen. Auch die Eltern der Jungen in der Klasse schlossen sich an. Der Brief ging als Einschreiben an Herrn A. und in Abschrift an seinen Vorgesetzten.

Ergebnis:
Der Lehrer beschwerte sich in der Klasse über die „Unterstellungen“. Er fühlte sich ungerecht behandelt, hielt sich aber mit seinen Äußerungen mehr zurück, denn er wußte ja, daß er weiterhin aufmerksam beobachtet wurde und seine Äußerungen weiter protokolliert wurden.
Von seinem Vorgesetzten wurde er allerdings weder ermahnt noch zurechtgewiesen, sondern der Vorgang wurde als unerheblich eingeordnet, was dem Belästiger Rückendeckung und Unterstützung gab. Herr A. berichtete dies auch ganz selbstbewusst vor der Klasse. Die jungen Frauen waren enttäuscht und resignierten zunächst. Die sexistischen Äußerungen nahmen mit der Zeit wieder zu.

Erneute Aktionen:
Die engagierte Mutter schaltete nun den Gesamtelternbeirat ein und erhielt die Auskunft, dass sich bereits mehrere Klassen jahrelang ohne Erfolg über diesen Lehrer beschwert hätten. Aus dem LehrerInnenkollegium wurde berichtet, dass der Kollege A. als Frauenfeind mit den entsprechenden Sprüchen und Verhalten bekannt ist: „Da können wir gar nichts machen.“ Die Eltern besprachen sich auf Initiative der engagierten Mutter erneut und wandten sich wiederum an Herrn A. und an den Schulleiter.
Sie forderten den Schulleiter erneut schriftlich auf, im Sinne der von der Gewalt Betroffenen zu handeln, Partei zu ergreifen, seiner Fürsorgepflicht für die Schülerinnen und Lehrerinnen an seiner Schule nachzukommen und Herrn A. Grenzen zu setzen. Wenn er nicht endlich handeln würde, trete der nächste Schritt in Kraft: Die Information der nächsthöheren Behörde und das Einklagen der Rechte auf dem Hintergrund des Bundesgesetzes gegen die sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz. Das Gesetz wurde zur Information beigefügt.

Ergebnis:
Der Schulleiter sprach mit der Elternvertreterin und ging nun auf die Forderungen der Eltern ein. Der Lehrer A. wurde offiziell ermahnt, seine sexistischen Äußerungen zu unterlassen und angesichts der starken Kon-

trolle veränderte er sein Verhalten vor der Klasse. Am Ende des Schuljahres verließ er die Schule. Die Gründe wurden nicht bekannt .

Die mutigen Frauen/ Mütter aus dem Elternbeirat haben ihren und mit ihren Töchtern ein Beispiel gegeben.

5. Alte und neue Frauenzimmer: Macht über Zeit und Raum

Zwei Lehrerinnen der Grundstufe unterhalten sich über die Strapazen der alltäglichen strukturellen Gewalt. Sie sind beide engagiert, sensibel in der Wahrnehmung von verschiedenen Gewaltstrukturen und setzten sich in den vergangenen Jahren inner- und außerschulisch für die Schaffung und Erhaltung von Mädchen- und Frauenräumen in verschiedenen Projekten ein. Lehrerin D. soll aktuell zu Beginn des nächsten Schuljahres ihr langjähriges, nach ihren Bedürfnissen und Vorstellungen einer möglichst angenehmen und gewaltfreien Atmosphäre gestalteten Klassenzimmer räumen und umziehen. Sie ärgert sich über diese formale Anordnung und die Erwartung der sofortigen Akzeptanz und Umsetzung. Doch ihre Kraft, den Kampf um und für die eigenen Wertvorstellungen fortzusetzen, war gegen Ende des Schuljahres aufgebraucht.

Lehrerin N. erzählt ihr, dass sie vor einigen Jahren das gleiche Problem hatte und ihr Klassenzimmer gegen formale, vordergründige, angeblich dienstliche Notwendigkeiten verteidigt und sich damit durchgesetzt hat. Sechs Monate Unsicherheit und Durchhaltevermögen hat dieser Kampf sie gekostet, aber brachte den Erfolg. Die Lehrerin arbeitet und lebt noch heute in „ihrem“ Raum.

Auch in der Schule gilt es, Eigenräume von und für Frauen zu erhalten und eventuell sogar neue zu schaffen. Das eigene Klassenzimmer ist für die Lehrerin ein Frauenraum. Hier lebt und arbeitet sie, hat ihn entsprechend eingerichtet, gestaltet; hier setzt sie ihre Prioritäten, hat sie Einfluss und verantwortungsbewusste Macht. Deshalb ist es wichtig, sich diese Räume zu erhalten und zu sichern.

Ermutigt durch das Beispiel der Lehrerin geht Frau D. am nächsten Tag zur Schulleitung und fordert: „Nennen Sie mir einen vernünftigen pädagogischen Grund, weshalb ich mein Zimmer verlassen soll.“ Es findet daraufhin eine Diskussion und Auseinandersetzung mit eingefahrenen, formalen Regelungen statt. Andere Notwendigkeiten und Werte wurden genannt und als wichtig erklärt. Sie blieb jedoch in ihrem Klassenzimmer.

6. Intime Verletzung: sexistische Gewalt durch Sprache

Die Lehrerin einer schwierigen Klasse ist ständigen Machtproben einer Schülerin ausgesetzt, die in dem Ausspruch gipfeln „Sie Asylantenfotze!“ Die Lehrerin ist geschockt und verletzt.

Sie bricht den Unterricht ab. Gespanntes Schweigen und warten. Was tun? Die Verletztheit zeigen oder „cool“ bleiben. Sich zeigen oder sich schützen? Die Lehrerin entscheidet sich für den Kampf um ihre Würde – ihre Menschen- und Frauenwürde. Sie nimmt den Vorgang als sexistische sprachliche Gewalt wahr. Sie ist für ihre vertrauensvolle, offene und zugängliche Art in der Schule bekannt. Alle wissen, dass sie mit einem Mann aus einer anderen Nation verheiratet ist. Dieses private Wissen benutzte die Schülerin, um Frau P. aufs intimste zu verletzen.

<u>Aktionen:</u>

Die Lehrerin stellt Distanz zur Schülerin her, um ihre Integrität zu erhalten:„Ich möchte dich nicht mehr sehen, bis einiges geklärt ist“, und informiert mündlich und schriftlich die Schulleitung.

Bis auf Weiteres erfolgt ein Ausschluss der Schülerin aus ihrem Unterricht. Die Schulleiterin unterstützt die Lehrerin. Ein gemeinsamesGespräch mit den Eltern wird von der Lehrerin eingefordert und findet statt. Es erfolgt eine Bewertung und Bestrafung. Dies ist zur Einordnung für andere wichtig und stoppt Nachahmer. Die Lehrerin fordert eine adäquate Entschuldigung von der Schülerin.

<u>Ergebnis:</u>

Die Schülerin entschuldigt sich brieflich und aufrichtig und übergibt ihn persönlich der

Lehrerin. Damit war für Frau P. die Angelegenheit bereinigt.

7. Platz gemacht: Raumergreifendes und zeitbestimmendes Verhalten eines netten Kollegen

Eine junge Lehrerin sitzt im Lehrerzimmer und korrigiert in ihrer Freistunde SchülerInnenarbeiten. Ein Kollege kommt dazu und amüsiert sich über ihre angebliche „Arbeitswut“: „entspann dich doch mal!“, „nun leg schon endlich den Stift weg.“ Er möchte sich mit ihr unterhalten. Seine Aktentasche schwingt er lässig über den Tisch in ihre Richtung. Dort bleibt sie in ihrem Bereich liegen. Frau R. ist genervt, doch gegen die oberflächliche Nettigkeit, die der Kollege zur Durchsetzung seiner Ziele zeigt, ist schwer anzugehen. Das weiß auch der Kollege und wischt alle Gegenargumente locker vom Tisch. Doch Frau R. gibt nicht auf und bleibt dran.

Sie nimmt zu Recht wahr: Der Kollege mischt sich ungefragt in ihre Arbeitseinteilung, gibt ihr unaufgefordert Ratschläge, stört sie und versucht ihre Handlungen in seinem Interesse zu beeinflussen. Er überschreitet ihre Grenzen, indem er ihren persönlich gesteckten Raum, den Tisch, nicht achtet und ihn für sich beansprucht.

Aktionen:

Sie unterbricht kurz ihre Arbeit, sieht den Kollegen ernsthaft an und sagt zu ihm: „Ich möchte hier arbeiten. Bitte stör mich nicht.“ Der Kollege grinst sie an. Sie erhebt sich und wiederholt energischer ihre beiden Sätze und setzt hinzu: „Nimm auch gleich deine Tasche von meinem Platz und stell sie auf deine Seite.“

Ergebnis:

Der Kollege merkt nun endlich, dass es der Lehrerin ernst ist und stoppt sein übergriffiges Verhalten. Die Lehrerin ist stolz, sich ihren Raum – in jeder Beziehung – zurückerobert zu haben.

Schlussbemerkung

Die Beispiele zeigen, dass Gewalt gegen Frauen in der Schule keine Ausnahme, sondern alltägliche Erfahrung ist, daß dies jedoch kritisierbar und veränderbar ist.

Sicher sind beide Geschlechter von allgemeinen Gewaltstrukturen betroffen, doch wird es Frauen weniger zugestanden, sich zu wehren, und wenn sie es versuchen, werden sie wieder in eine untergeordnete Rolle gedrängt, damit die bestehenden Machtverhältnisse aufrechterhalten bleiben. Eine wichtige Voraussetzung für Veränderungen ist die Überzeugung, dass Widerstand und Alternativen zu angepasstem, geschlechterspezifischem Verhalten trotz bestehender Abhängigkeiten nötig und möglich ist.

THEMEN

Berliner Deklaration

Der "Krieg gegen den Terrorismus" ist nicht erfolgreich. Jede Woche gibt es neue Nachrichten von Bombenattentaten und Geiselnahmen in verschiedenen Teilen der Welt - Moskau, Bali, Mombassa... .

Der "Krieg gegen den Terrorismus" kann nicht erfolgreich sein. Er kann es nicht, weil Terrorismus ein kriminelles Verbrechen ist, ein Ausdruck der neuen weltweit operierenden privatisierten Gewalt. Das Wort "Krieg" würdigt den Terroristen als "Feind", nicht als Verbrecher. Es teilt die Welt zwischen "uns" und "denen" und das ist genau das, was Terroristen wollen. Es verleitet zu weiteren Gewaltakten gegen Unschuldige und nährt Gefühle von Hass und Rache, die zum Terrorismus führen.

Wir befinden uns in der Gefahr eines eskalierenden Prozesses der Gewalt, ähnlich dem Israel-Palästina-Konflikt im Weltmaßstab. Die drohende Spirale der Zerstörung und Selbstzerstörung kann bedeuten: die Gefahr der Anwendung nuklearer, chemischer und biologischer Waffen, Völkermord und Terrorakte, ganz zu schweigen von weiteren US-"Vorbeugungs"-Schlägen, die sich als Fehl-Schläge erweisen würden.

In unserer globalisierten Welt, in voneinander abhängigen Welten und Risikogesellschaften, kann es keinen "gerechten Krieg"

geben. Doch wir benötigen völkerrechtlich legitimierte Machtmittel, um privatisierte Gewalt einzudämmen. Es gibt noch eine Aufgabe für militärische Kräfte: Völkerrecht durchsetzen, Menschen schützen, wo Polizei dies tun sollte, aber nicht kann.

Wir appellieren an Regierungen, Parlamente, Nichtregierungsorganisationen, verantwortungsvolle WissenschaftlerInnen und Medien, KünstlerInnen, Hochschulen, religiöse Gemeinschaften und BürgerInnen, sich dem Krieg, dem Unilateralismus oder Bi-Lateralismus der Atommächte entgegenzustellen und sich aktiv für eine andere Terror- und bekämpfungsstrategie und Überwindung von Diktaturen einzusetzen. Diese Strategie muss multilateral und kooperativ sein und auf die Errichtung einer globalen Rechtsordnung im Sinne der UN-Menschenrechtscharta hin arbeiten. Sie sollte einschließen:

1) die Förderung humaner universaler Werte und Normen, die internationales Recht untermauern. Menschenrechte dürfen nicht in selektiver Weise angewendet werden - im Irak ebenso wie in Saudi Arabien, in Tschetschenien und Russland, in Pakistan ebenso wie in Afghanistan. Nötig ist ein echter Dialog zwischen allen, die auf Demokratie setzen, um dauerhafte Lösungen für jene Welt-Konfliktherde zu finden, die Terrorismus entstehen lassen: Somalia, Kongo, Sudan, Kaschmir, Tschetschenien, um einige der besonders wichtigen zu nennen.

2) die Schaffung von Verfahren, um internationales Recht durchzusetzen. Der Internationale Strafgerichtshof muss so schnell wie möglich und ohne Ausnahmen arbeitsfähig gemacht werden. Schutzstreitkräfte in europäischem oder globalen UN Rahmen sollten aufgestellt werden, die bei bewaffneten Konflikten ZivilistInnen schützen und jene inhaftieren, die Verbrechen an ihnen begehen oder begangen haben.

3) weltweite Investitionen und Umverteilung der Ressourcen, um eine Welt-Rechtsordnung zu schaffen, die öffentlichen Güter(global commons) zu erhalten und globale Aufgaben zu erfüllen, wie die Überwindung des Elends, die Bewahrung der Umwelt und die angemessene Ausstattung regionaler und weltweiter demokratischer Justiz- und Polizeinstitutionen.

Wir behaupten nicht, das diese Strategie den Terrorismus völlig verschwinden lassen kann. Machbar wäre es aber mit einer Stärkung der globalen demokratischen Friedens- und Umwelt- und Bürgerinenrechtsbewegungen und einer Stärkung und Reform der UN, den Terrorismus einzudämmen und sein Ausbreiten und Eskalieren zu verhindern. Wir glauben, dass wir Demokratie und Rechtsstaatlichkeit nicht länger nur in einem Teil der Welt bewahren können. Krieg würde diese uns kostbaren Werte zerstören. Allein die weltweite Verwirklichung dieser Werte begründet Hoffnung. Dies ist eine Aufgabe für jeden Menschen und jede Regierung.

10. Dezember 2002, in Ehren der Nobelpreisverleihung an Jimmy Carter

Initiatorinnen: Eva Quistorp, internationales Friedensbüro, Berlin-Brüssel; Mary Kaldor, Friedensforscherin,Universität London-Oxford; Erhard Eppler, Deutschland; c/o internationales Friedensbüro www.ipb.org (here english version to be found!!!)

(dort auch englisches Original und Aktionstermine)

Doing gender oder Die verordnete Bedeutungslosigkeit: Männer und Frauen in öffentlichen Printmedien

- Bärbel Peschl -

Frauen sind die Hälfte der Menschheit, aber sie verrichten weltweit 2/3 der Arbeit, erhalten nur 1/10 des Lohnes und besitzen lediglich 1 % des Vermögens – dies sind inzwischen allseits bekannte Erkenntnisse der UN - und wir können ergänzen: Frauen erhalten in Deutschland nur 1/5 –1/4 der öffentlichen Aufmerksamkeit, Männern dagegen wird 3/4 - 4/5 dieser öffentlichen Aufmerksamkeit zugestanden.

Anders formuliert:

Männer sind 4 mal so wichtig wie Frauen! Nachdem mich als weltneugierige Frau beim Zeitunglesen mit sicherer Regelmäßigkeit ein Magengrollen erfasst hatte, wollte ich es im

Zeitalter des Gendermainstreaming und der Agenda 21 genauer wissen:
- Wie viel Platz beanspruchen Männer in den öffentlichen Printmedien? – und wie viel Platz die Frauen?
- Wie viele und welche Bilder werden jeweils von Männern bzw. Frauen gezeigt und welche Botschaften transportieren diese Bilder?
- Kann ich meiner Tochter öffentliche Printmedien zum Lesen empfehlen, ohne dass ihr Selbstbewusstsein als Frau Schaden nimmt?

Also machte ich eine Zufallsstichprobe und analysierte 3 unterschiedliche allgemeine Zeitungen, die ich gerade vorliegen hatte:
eine regionale Tageszeitung,
eine überregionale Tageszeitung,
eine überregionale Wochenzeitung.
(Fuldaer Zeitung vom Freitag, 26.April 2002 als regionale Tageszeitung)
(Frankfurter Rundschau vom 13.April 2002 als überregionale Tageszeitung)
(DIE ZEIT vom 25.April 2002 als überregionale Wochenzeitung)

Ich zählte und vermaß die Bilder in den Zeitungen, die jeweils nur Männer bzw. nur Frauen abbildeten (ohne Werbung, Anzeigen oder Fernsehprogramm).
Die quantitative Analyse (aller drei Zeitungen zusammen) ergab folgendes Ergebnis:
Anzahl der jeweiligen Bilder von Männern bzw. Frauen: (96 Männerbilder – 28 Frauenbilder [einzeln: 35 – 12, 38 – 9 , 23 – 7]), 77 % Männerbilder - 23 % Frauenbilder
In den Zeitungen waren also 4 mal so viele Bilder mit Männern zu finden als Bilder mit Frauen. In einer Kontrollanalyse der regionalen Tageszeitung vom 21.Mai ergab sich sogar das Verhältnis 33:4, bzw. 89,2 % Männerbilder gegenüber läppischen 10,8 % Frauenbilder: das ergibt einen 9mal so hohen Anteil der Männer!!
Größe des Einzelbildes:
Das größte Einzelbild eines Mannes umfasste 1462 cm². Das größte Einzelbild einer Frau lediglich 550 cm². Das Verhältnis der durchschnittlichen Maximalgrößen der Bilder betrug 79 % für die Männerbilder und 21 % für die Frauenbilder.
Die durchschnittliche Maximalgröße bei Männerbildern ist 4 mal so umfangreich wie bei Frauenbildern. Inanspruchnahme und Vereinnahmung des gemeinsamen Raumes „Zeitung“ (17.557 cm² Platzeinnahme Männerbilder – 4.067 cm² Platzeinnahme Frauen) 79,4 % Platzeinnahme durch Männerbilder – 20,6 % Platzeinnahme durch Frauenbilder, Männerbilder nehmen 4 mal soviel Raum in Zeitungen ein wie Frauen.
Die qualitative Analyse der Zeitungen ergab:
Für die qualitative Analyse dienten das Bild selbst sowie die Informationen aus der Bildunterschrift (ohne TextArtikel). Frauen sind weitgehend anonyme, allgemeine Wesen ohne Individualität, ohne Namen, ohne Beruf, tw. nur als bewusste Dekoration oder Kulisse abgebildet bzw. zufällig mitfotografiert worden. Sie stürzen von Pferden, stehen ohnmächtig zwischen zerstörten Häusern, sorgen für die Verpflegung der Männer, sind verheiratet und werden Mutter, sammeln Geld, verlieren im Alter das Gedächtnis, spielen Theater, singen, tanzen und sind schön.

Männer dagegen sind Menschen mit Individualität und vielfältigen Charaktereigenschaften sowie Begabungen auf allen Gebieten, bekleiden hohe Positionen in interessanten Berufen und spielen eine bedeutende Rolle in Politik, Wirtschaft und im Sport. Sie sind Generalsekretäre, Staatspräsidenten, Hotelchefs, Botschafter, verantwortliche EDV- und Netzwerkadministratoren des gesamten Betriebes, Dirigenten, Armeechefs, Konzernchefs, Bundestrainer, Bundeskanzler, Vizepräsidenten der Deutschen Bundesbank, Leiter von Beratungsfirmen, Polizeioberräte, Kunst- und Religionshistoriker, Juristen, Hochschulpräsidenten, Finanzminister, Filmproduzenten und Schatzkanzler, Außenminister und Weltraumtouristen. Sie gehören zu den bekanntesten Schriftstellern, sind gutgelaunt, erhalten Preise und feiern Jubiläen, machen sich Gedanken und sind vielfältig engagiert, sie werden gewürdigt und man spricht über sie, sie fühlen sich wie Helden, sind Unberührbare und geben Bilanzen bekannt, kämpfen und gewinnen deutlich und ungefährdet, sie beantworten Glaubensfragen auch im Netz und sind zum Siegen verdammt, sie erfüllen sich Kindheitsträume und sind Meister der Abgebrühtheit. Sie reisen, speisen, meinen, ermahnen, leiten, erforschen mit Leidenschaft, sind Erneuerer der Oper

und tragen legendäre Budgetkoffer von der DowningStreet ins Unterhaus, machen das beste deutsche Kino, lieben starke Gesten und große Auftritte, sie sind Typen mit Grandeur und Visionen. Und sie spielen Fußball.
Ein auffälliger Einzelaspekt verdient gesonderte Beachtung: Das Thema „Gewalt". Terroranschläge, ein fanatischer Kämpfer im Gefängniswagen, ein Mann mit Maschinengewehr, ...Öl als wichtigste Energiequelle in Amerika für Autos und Kampfflugzeuge, aggressive Konfrontation zwischen einem israelischen Soldaten und einem Palästinenser, eine zerstörte Synagoge, zerstörte Flüchtlingslager, ...
Frauen dagegen befinden sich auf der anderen Seite der Gewalt: zwei Frauen stehen ohnmächtig in dem von Männern zerstörten Flüchtlingslager; eine Wissenschaftlerin leitet in Tel Aviv ein Institut für Wissenschafts- und Ideengeschichte und ist die Initiatorin eines neuen Appells für eine politische Lösung des Nahostkonflikts; ein Photomodell liegt für Modeaufnahmen mit aufgerissenen Augen scheintot rücklings verkrümmt auf dem Boden, den Hinterkopf in einer imitierten Blutlache...
Was lernt frau bei der täglichen Zeitungslektürengehirnwäsche?!?!? Männer sind die Herren der Welt; nimm dich vor Ihnen in Acht!
Spätestens jetzt frage ich mich nach Sinn und Zweck von öffentlichen Medien. Spätestens jetzt frage ich mich, wieso ich mir diese tägliche Gehirnwäsche zumute. Spätestens jetzt ist mir klar, dass Frauen sich ins öffentliche Leben einmischen müssen, und zwar massiv.
Bärbel M.Peschl,
Vorsitzende Frauen und Schule Hessen e.V.
www.frauenundschule-hessen.de

Gewalt in der Fremde Migration von Frauen und strukturelle Gewalt

- *Birgit Appelt* –

Die Festung Europa

Ein Bild, das immer wieder von PolitikerInnen und Medien gezeichnet wird: MigrantInnen strömen nach Europa und speziell in die EU Länder. Die EU verstärkt ihre Außengrenzen, baut eine Festung um die Wohlstandsgesellschaften in den Mitgliedstaaten.
Während die legale Einwanderung in den EU Ländern zunehmend eingeschränkt und reguliert wird, nur mehr hochqualifizierte Arbeitskräften angeworben werden sollen oder schlecht qualifizierte, billige Arbeitskräfte für Branchen wie Bauwirtschaft oder Tourismus, steigen die Tendenzen von illegaler Einwanderung, Menschenschmuggel und Menschenhandel.

Trotz sehr unterschiedlicher Positionen der Mitgliedstaaten wurde die Migrations- und Einwanderungspolitik mit dem Inkrafttreten den Amsterdamer Vertrages am 1. Mai 1999 in den Zuständigkeitsbereich der EU gehoben. Die EU soll sich zum „Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts" entwickeln (Art. 61-63).

Gründe für Migration

Gründe für die weltweit steigende Migration gibt es viele. Zumeist ist es die pure wirtschaftliche Not, der Wunsch nach sozialer Sicherheit und persönlicher Entwicklung, der Männer und Frauen in die Ferne treibt. Zum anderen ist es die Flucht vor Krieg und Gewalt oder die alltägliche Diskriminierung in patriarchalen Strukturen, die besonders Frauen stark betrifft. Denn allzu oft werden Frauen aufgrund ihres Geschlechts neben den bekannten Asylgründen besonders verfolgt, gequält und unterdrückt.

Formen der Ausbeutung

Die Armut ist weiblich. Frauen sind besonders gefährdet, sowohl in den Herkunftsländern wie auch in den Destinationsländern Opfer von körperlicher, psychischer, sexueller und struktureller Gewalt zu werden.
Die eigenständige Arbeitsmigration führt Frauen in Jobs am informellen Arbeitsmarkt, in denen sie schlecht bezahlt sind, wenig oder keine Rechte besitzen oder wie Sklavinnen gehalten werden: sie arbeiten als Hausangestellte, Reinigungskräfte, als Animierdamen oder als Sexarbeiterinnen. Sexarbeit bedeutet zumeist Illegalität, Zwangsprostitution, Erpressung, Gewalt durch Zuhälter und Freier. Doch auch als Hausangestellte sind Frauen der sexuellen Belästigung und Vergewaltigung hilflos ausgeliefert, vor allem wenn sie

illegal beschäftigt sind, nutzen Arbeitgeber oft diese Position aus.

Gewalt in der Fremde

Viele Frauen folgen ihren Männern, die in den EU Ländern Arbeit gefunden haben, im Rahmen der Familienzusammenführung nach. In den meisten Ländern ist das Aufenthaltsrecht jedoch nicht mit einer Arbeitserlaubnis gekoppelt. Die Frauen sind vom Mann ökonomisch abhängig und leben sozial oft vollkommen isoliert. Misshandelt der Mann seine Frau, kennt sie meist ihre Rechte nicht und kann sich sprachlich kaum verständigen. Frauenhäuser und Beratungsstellen mit muttersprachlicher Beratung sind oft die einzigen Möglichkeiten, aus der Gewaltbeziehung auszubrechen. Trotzdem ergeben sich Schwierigkeiten für die Frauen, wenn ihr Aufenthaltstatus an jenen des Ehepartners gebunden ist. Ähnlich ergeht es Migrantinnen, die mit einem Inländer verheiratet sind. Ihnen droht die Ausweisung, wenn sie sich in den ersten Jahren, in denen ihr Aufenthalt als noch nicht gefestigt angesehen wird, scheiden lassen wollen.

Töchter der zweiten und dritten Generation, deren Eltern zwar seit Jahrzehnten in EU Ländern leben, aber aus sehr traditionellen, patriarchal geprägten Familienstrukturen stammen, sollen oft mittels einer Zwangsheirat im eigenen Kulturkreis gehalten werden. Auch für Opfer sexuellen Mißbrauchs in Migrantenfamilien ist es für die Betroffene oft noch schwieriger Hilfe zu finden, da dieses Thema noch mehr tabuisiert ist als in der westlichen Industriegesellschaft. Mädchenhandel, Ehrmorde und genitale Verstümmelung sind die extremen Ausdrucksformen der Verfügungsgewalt über Mädchen und Frauen.

Empowerment für Migrantinnen

Strukturelle Gewalt letztendlich, also die Summe an negativen Bedingungen im Umfeld von Migrantinnen, erschwert es den Frauen, sich gegen individuelle Gewalt, die in der Familie oder am Arbeitsplatz stattfindet zu wehren. Prävention von Gewalt an Migrantinnen muss daher her in zwei Richtungen wirken:

Zum einen in den Aufbau und Ausbau von speziellen Beratungseinrichtungen mit muttersprachlicher Betreuung. Viele Frauenhäuser haben auf die Bedürfnisse der Migrantinnen reagiert, indem sie ihr Team mit Frauen verstärkt haben, die selbst als Migrantinnen ins Land gekommen sind. Trotzdem fehlen beispielsweise Einrichtungen mit geheimer Adresse und besonderem Schutzcharakter für minderjährige und junge Migrantinnen.

Zum anderen muss die strukturelle Gewalt, die diese Frauen in Gewaltverhältnissen gefangen hält, durchbrochen werden. Hier bedarf es der politischen Lobbyarbeit auf nationaler und europäischer Ebene, um durch eigenständigen Aufenthaltsstatus und Zugang zum regulären Arbeitsmarkt die Position der Migrantinnen zu stärken.

Birgit Appelt, WAVE Netzwerk- und Projektkoordinatorin

Was muss Frau sich gefallen lassen? Migrantinnen im informellen Arbeitsmarkt[2]

Andrea Bode

Auch in Deutschland existiert ein informeller Arbeitsmarkt. Betroffene sind mit vielfältigen Problemen konfrontiert. Oft werden die Menschenrechte dieser Arbeiter und Arbeiterinnen, Dienstleister und Dienstleisterinnen mit Füßen getreten. Die Beratungsstelle von FiM e.V. in Frankfurt am Main / Deutschland ist seit vielen Jahren in der Praxis mit der Problematik von ausländischen Frauen im informellen Arbeitsmarkt konfrontiert. Sie wenden sich an FiM, weil:

1. sie keinen oder einen extrem reduzierten Lohn von der ArbeitgeberIn erhalten haben,
2. sie psychische und/oder körperliche Gewalt am Arbeitsplatz erfahren oder erfahren haben,
3. sie erkrankt sind und medizinische Hilfe benötigen,
4. sie nach Wegen suchen, ihren Kindern einen Schulbesuch zu ermöglichen,

[2] Dieser Artikel bezieht sich auf eine Veröffentlichung der Autorin in der Zeitschrift „südostasien“ 3/01 unter dem Titel „Was muss Frau sich gefallen lassen? Filipinas und Thailänderinnen im informellen Arbeitsmarkt in Frankfurt am Main.“ Hier handelt es sich um eine gekürzte und überarbeitete Fassung im Juni 2002.

5. es für sie zunehmend unannehmbar ist, sich „illegalisiert“ zu verhalten, d.h. ein Schattendasein in der Gesellschaft zu führen,
6. sie von der Polizei aufgegriffen wurden,
7. sie gerne in ihr Herkunftsland zurückkehren wollen.

Die Vormachtstellung der ArbeitgeberInnen

Halten sich Migrantinnen und Migranten[3] ohne legalen Aufenthaltsstatus in Deutschland auf und gehen ohne eine Arbeitsgenehmigung einer Beschäftigung im informellen Arbeitsmarkt nach, dann leben und arbeiten sie in einem rechtlosen Raum. Rechte und Sicherheiten, die legalisierten Arbeitnehmerinnen regelmäßig zustehen, können diese Frauen für sich nicht in Anspruch nehmen. Sie haben weder Zugang zur regulären Gesundheitsversorgung noch haben in Deutschland geborene Kinder die Möglichkeit eine Schule zu besuchen. Die Frauen haben nur sehr geringe Möglichkeiten, gegen Ausbeutung, Abhängigkeit und Gewalt vorzugehen. Sie riskieren ihre Ausweisung bzw. Abschiebung, sollten sie sich über ausbeuterische Arbeitsbedingungen, nicht gezahlten Lohn oder fehlende Regenerationszeiten beschweren oder für ihre Menschenrechte und -würde eintreten. Die Einforderung von Rechten ist immer mit dem Risiko der Aufdeckung ihrer illegalisierten Lebens- und Arbeitssituation verbunden, die Migrantinnen können ihre Rechte nicht erfolgreich durchsetzen.

Der informelle Arbeitsmarkt entbindet die ArbeitgeberInnen von jeglichen Verpflichtungen und fördert damit Ausbeutung und Gewalt.

Die Auswirkungen dieses Machtvorteils zugunsten der ArbeitgeberInnen werden besonders bei den Arbeitszeiten und der Höhe der gezahlten Löhne deutlich. ArbeitgeberInnen können jederzeit getroffene mündliche Absprachen in diesen Bereichen einhalten, nicht einhalten oder modifizieren.

In den meisten Fällen wird beispielsweise von Migrantinnen, die in Privathaushalten tätig sind und besonders von denjenigen, die auch dort leben, verlangt, rund um die Uhr zur Verfügung zu stehen.

Dies bedeutet, immer abrufbereit zu sein, kaum geregelte freie Zeiten zur eigenen Erholung zu haben. Das Privatleben dieser sog. “live ins" findet weitgehend an ihrem Arbeitsplatz, nebenbei, statt.

Das Leben im Haushalt der ArbeitgeberInnenfamilie, bietet zwar einerseits Schutz vor Entdeckung durch die Polizei – die Frauen haben ein relativ sicheres Dach über dem Kopf – andererseits bedeutet es aber häufig auch permanente Verfügbarkeit und Ausgeliefertsein.

Wenig Hilfe für illegale Migrantinnen

Geraten diese Frauen in Not- und Krisensituationen z.B. durch eine schwerwiegende Erkrankung oder durch Gewalterfahrungen, können sie aktuell nur Hilfe erwarten von Landsfrauen und/oder von vertraulich und parteilich arbeitenden NGOs wie FiM e.V. Eine solche Unterstützung kann sich in der Regel nur auf die seelische und körperliche Regeneration der Frauen beziehen. Aufgrund der rechtlichen Situation ist ein Vorgehen gegen die TäterInnen nahezu ausgeschlossen, soll die Aufdeckung des nicht-legalen Aufenthaltsstatus vermieden werden. Im Rahmen der gegebenen rechtlichen Bedingungen und des gesellschaftlichen Auftrages an die Beratungsstellen, Hilfe in Not- und Krisensituationen bereitzustellen, können Migrantinnen trotz eines illegalisierten Aufenthaltsstatus Beratung und Betreuung sowie die Herstellung von Kontakten zu ÄrztInnen, RechtsanwältInnen u.a. angeboten werden. Bei nicht gezahltem Lohn kann eine Hilfe für diese Frauen darin bestehen, ein telefonisches oder persönliches Gespräch mit den ArbeitgeberInnen zu führen oder einen Brief an diese zu verfassen, der sie zur Zahlung des ausstehenden Lohnes auffordert. Darüber hinaus besteht unabhängig vom Aufenthaltsstatus die Möglichkeit, ausstehenden Lohn vor dem Arbeitsgericht einzuklagen. Allerdings kann nicht endgültig sichergestellt werden, dass es im Rahmen des Verfahrens nicht zur Aufdeckung des nicht-legalen Aufenthaltsstatus kommt.

[3] Das nachfolgend Geschilderte gilt in vielerlei Hinsicht auch für männliche Migranten. Die besondere Situation der Frauen steht jedoch im Mittelpunkt der Arbeit von FiM. Deshalb benutzen wir im Textverlauf vorwiegend die weibliche Form.

Die aufgezeigten bestehenden Handlungsmöglichkeiten reichen jedoch zur Sicherstellung der Menschenrechte illegalisierter Migrantinnen nicht aus. Vielmehr sind dazu neue, weitreichende gesetzliche sowie sozialpolitische Maßnahmen auf internationaler und nationaler Ebene notwendig.
Ausgehend von den Erfahrungen aus der praktischen Arbeit von FiM sind im Rahmen einer realitätsnahen und verantwortungsvollen nationalen Einwanderungspolitik insbesondere drei Bereiche mit besonderer Dringlichkeit zu bearbeiten:
- Gesundheit
Der Zugang zu einer medizinischen Mindestversorgung, die die Anonymität der Migrantinnen nicht gefährdet, sollte sichergestellt werden.
- Schulbesuch der Kinder
Der Besuch von Kindergärten und Schulen der Kinder von Migrantinnen muss unabhängig vom Aufenthaltsstatus möglich sein.
- Legalisierungskampagne
Diejenigen Arbeitsmigrantinnen, die bereits lange hier leben, arbeiten und sozial in die Gesellschaft eingebunden sind, sollten Möglichkeiten zur Legalisierung ihres Aufenthaltes erhalten.

Die Autorin ist Assistentin der Geschäftsführung von FiM – Frauenrecht ist Menschenrecht e.V. (früher Ökumenische Asiengruppe) und zuständig für den Arbeitsbereich „Informeller Arbeitsmarkt“. FiM ist eine Beratungsstelle für Migrantinnen (und auch Migranten) aus Südostasien und Ost- und Mitteleuropa, Varrentrappstr. 55, 60486 Frankfurt/Main Bundesrepublik Deutschland
Tel. 069 / 70754-30 /-50, Fax 069 / 70754-66. Email: FiMinfo@web.de
Eine zum gleichen Thema von der Autorin verfasste Dokumentation:
„Die unsichtbaren `Perlen´ - Migrantinnen im informellen Arbeitsmarkt“ Dokumentation zur Lebens- und Arbeitssituation philippinischer Frauen, die in Deutschland als Hausangestellte arbeiten.
Eine Dokumentation von FiM e.V. (früher Ökumenische Asiengruppe) in Kooperation mit dem Frankfurter Institut für Frauenforschung (FiF). Andrea Bode, Jutta Wache, Frankfurt am Main, Mai 2000
Erhältlich über: Email: FiMinfo@web.de

RESOLUTIONEN/ NETZWERKE

Hartz-Gesetz ist gender-blind

Die Umsetzung des Hartz-Konzeptes wird für arbeitslose Frauen katastrophale
Folgen haben und Lohndumping bei frauenspezifischen Berufen nach sich ziehen. Dies stellte die Mitgliederversammlung des DEUTSCHEN FRAUENRATES fest.
Der Gesetzentwurf geht, entgegen allen Beteuerungen, völlig vorbei am Gender-Mainstreaming-Prinzip, nach dem die Auswirkung von allen Maßnahmen und Gesetzen auf die Geschlechter zu prüfen wäre. "Besonders ärgerlich ist vor diesem Hintergrund, dass der größte frauenpolitische Bundesverband nicht zur morgigen Anhörung im Bundestagsausschuss eingeladen wurde", sagte Dr. Inge v. Bönninghausen, die wiedergewählte Vorsitzende des Dachverbandes. Gravierende Schwächen in der praktischen Umsetzung des Gender Mainstreaming innerhalb der Regierung gab auch die Gastrednerin Christel Riemann-Hanewinckel, die neue Parlamentarische Staatssekretärin bei der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zu. Sie stellte die Einrichtung einer "Nationalen Gleichstellungsstelle" und eines "Gender-Kompetenz-zentrums" in Aussicht, die u.a. die zügige Umsetzung der novellierten EU-Gleichbe-handlungsrichtlinie überwachen sollen.
Als erste Vorsitzende des DEUTSCHEN FRAUENRATES wurde Dr. Inge v. Bönninghausen (Journalistinnenbund) mit überwältigender Mehrheit wiedergewählt. Stellvertreterinnen sind Brunhilde Raiser (Evangelische Frauenarbeit in Deutschland) und Maria Kathmann (Deutscher Gewerkschaftsbund).
Berlin, 11. November 2002

Neue Töne Geschlechterdemokratie in den Medien

Nachwuchspreis des Journalistinnenbundes
Frauen sind in wachsender Zahl an der Produktion und Präsentation von Nachrichten

beteiligt: als Korrespondentinnen, Redakteurinnen, Journalistinnen, Moderatorinnen deutscher Medien durchschnittlich mit einem Anteil von 41%. Doch von hundert Personen, die in diesen Nachrichten zu Wort kommen oder namentlich genannt werden, sind nur 12 Frauen. Männer kommentieren, stehen im Zentrum des Geschehens oder werden als Experten gefragt. Frauen übernehmen vor allem den Part der Betroffenen oder der Opfer. Zu diesem Ergebnis kam das jüngste Global Media Monitoring Project (GMMP), das am 1. Februar 2000 in rund 70 Ländern der Welt durchgeführt wurde. Wie schon zuvor, erhob der Journalistinnenbund damals die Daten für Deutschland und sieht diese Ergebnisse durch die alljährlich durchgeführten, national begrenzten Erhebungen bestätigt.

Für unser Netzwerk ist dies Anlass, sich verstärkt mit der Frage journalistischer Qualität auch in Hinsicht auf mehr Geschlechterdemokratie zu befassen. Der Journalistinnenbund lobt daher 2003 zum zweiten Mal seinen Nachwuchspreis aus. Er steht dieses Mal unter dem Motto "Neue Töne" und zeichnet die Arbeit einer jungen Journalistin bzw. Berufsanfängerin aus, die im Hörfunk in beispielhafter Weise mit überkommenen Geschlechterstereotypen aufräumt und der Forderung nach einer differenzierten und geschlechtergerechten Darstellung in den Medien Rechnung trägt. Der Preis wird jedes Jahr für ein anderes Medium vergeben.

2003 honoriert der Nachwuchspreis "Neue Töne" einen qualitativ hochwertigen deutschsprachigen Hörfunkbeitrag. Dieser muss zwischen dem 1. Januar 2001 und dem 31. Dezember 2002 gesendet worden sein. Teilnehmerinnen sollten glaubwürdig nachweisen, dass sie nicht länger als 5 Jahre als Journalistinnen/Autorinnen tätig und nicht älter als 35 Jahre alt sind. Pro Verfasserin kann ein Beitrag eingesandt werden.

Über die Auswahl des Preises entscheidet eine vom Journalistinnenbund einberufene Jury. Der Hauptpreis beträgt 500 Euro. Die Verleihung erfolgt im Juni während der Jahrestagung 2003 und zwar zusammen mit der Hedwig-Dohm-Urkunde, womit der Journalistinnenbund seit 1991 alljährlich eine verdiente Kollegin für ihr herausragendes journalistisches Lebenswerk und ihr frauenpolitisches Engagement auszeichnet. Die gemeinsame Verleihung soll eine Brücke zwischen den Generationen schlagen.

Einsendeschluss ist der 28. Februar 2003. Teilnahmebedingungen und Bewerbungsformulare können entweder heruntergeladen werden von:
www.journalistinnen.de/nachwuchspreis2003
oder angefordert werden bei: Journalistinnenbund e.V. In der Maar 10, D-53175 Bonn, Tel./Fax: 0228-31 27 47, E-Mail: journalistinnenbund@t-online.de

Sterilisierungsmaßnahmen an kurdischen Frauen

Stellen Sie sich vor, Sie sind eine Frau in einer Ecke in Kurdistan, in die sich selten ein Arzt verirrt. Ohnehin hätten Sie nicht die finanziellen Möglichkeiten, eine medizinische Behandlung zu bezahlen. Und dann kommen sie gleich mit drei Ambulanzen, erzählen Ihnen etwas über notwendige Gesundheitsmaßnahmen in einer Sprache, die Sie nicht beherrschen, bringen sie in ein Krankenhaus in die nächste Stadt, wo Handlungen an Ihnen vollzogen werden, die Sie nicht begreifen und über die Sie aus Scham nicht sprechen können. Und nach Monaten stellen Sie fest, dass Sie keine Kinder mehr bekommen können...

So erging es am 16. Januar 2002 mindestens 17 Frauen aus der Ortschaft Özekli in 60 Kilometer Entfernung von Diyarbakir in Kurdistan-Türkei.

Öffentlich gemacht wurde der Fall jetzt auf dem "Symposium zu Gewalt gegen Frauen und Medizin" durch die Vorsitzende der Frauenkommission der Anwaltskammer von Diyarbakir, Meral Danis. Laut Danis haben sich mehrere Betroffene mit der Bitte um Hilfe an verschiedene zivilgesellschaftliche Institutionen gewandt.

Daraufhin eingeleitete Untersuchungen haben ergeben, dass ein dem Gouverneur von Diyarbakir unterstelltes Ärzteteam in dem betreffenden Fall von Haus zu Haus gegangen ist und die Frauen ins Krankenhaus gebracht wurden. Die Betroffenen wussten nicht einmal, weshalb sie operiert werden. Wie Danis erklärte, seien ähnliche Fälle auch aus Mar-

din, Adiyaman, Adana und Van bekannt geworden.
Sterilisierungsmaßnahmen gegen kurdischen Frauen wurden bereits Mitte der neunziger Jahre durchgeführt, als der Türkische Nationale Sicherheitsrat erklärte, dass der Bevölkerungszuwachs des kurdischen Bevölkerungsteils eine Gefahr für die Türkei darstelle. Es wurde daraufhin ein Maßnahmenpaket zur Bevölkerungsregulierung gegen diese Entwicklung beschlossen. Damals wurde mit Hormonspritzen bei den Frauen nicht nur Verhütung durchgesetzt, sondern durch Überdosis der Hormongebungen gleich Unfruchtbarkeit erreicht. Seitdem sind immer wieder ähnliche Fälle bekannt geworden. Die betroffenen Frauen werden entweder ohne ihr Wissen sterilisiert oder mit verschiedenen Methoden unter Druck gesetzt, damit sie den Eingriff an sich vollziehen lassen.
Bei diesen Maßnahmen handelt es sich um eine faschistische Methode der Bevölkerungsregulierung gegen den kurdischen Bevölkerungsteil in der Türkei, um einen Verstoß gegen Menschenrecht und Medizinerethik und um eine Form der Folter an Körper und Seele kurdischer Frauen. Als Kurdisches Frauenbüro für Frieden verurteilen wir diesen rassistischen Angriff auf das Recht auf Unversehrtheit der Frau auf das Schärfste.
Zivilgesellschaftliche Organisationen in Diyarbakir, wie das Frauenzentrum Selis, der Menschenrechtsverein IHD, Ärzte- und Anwaltskammer führen zur Zeit weitere Nachforschungen zu dieser besonderen Form der Menschenrechtsverletzung an. Um ihre Arbeit zu unterstützen und für eine sofortige Beendigung der Maßnahmen zu sorgen, brauchen wir Ihre Hilfe.
Fordern Sie den neuen Ministerpräsidenten der Türkei Abdullah Gül und Innenminister Abdülkadir Aksu dazu auf, sofort zu intervenieren.
Pressemitteilung des kurdischen Frauenbüros für Frieden e.V. vom 23.11.2002 -
Adressen für Proteste:
Abdülkadir AKSU, Innenminister, Icisleri Bakanligi, 06644 Ankara, REPUBLIK TÜRKEI
fax: (00 90) 312 418 1795
Abdullah Gül, Ministerpräsident, Basbakanlik, 06573 Ankara, REPUBLIK TÜRKEI
fax: (00 90) 312 417 0476
Kopien an: Ceni - Kurdisches Frauenbüro für Frieden, fax: 0211-171 10 78. ceni_frauen@gmx.de und: Kanzlei der Botschaft der Republik Türkei, (S. E. Herrn Osman Taney Korutürk), fax: 030-2759 0915, turk.em.berlin@t-online.de

Memorandum der Internationalen Frauenkonferenz

Die Internationale Frauenkonferenz hat am 21. Februar 2002 in Berlin stattgefunden.
Das Memorandum wurde anläßlich der Jahrestagung der IAO von einer Delegation mit dem Mandat der internationalen Frauenkonferenz IAO-VertreterInnen übergeben.
Es ist eine beeindruckende Dokumentation von Frauen, ArbeitnehmerInnen und GewerkschafterInnen aus 26 Ländern über die Auswirkungen der Deregulierungs- und Privatisierungspolitik, die alle Frauen weltweit betreffen:
- Kürzungen der Sozialhaushalte,
- Angriffe auf die grundlegenden ArbeitnehmerInnen- und demokratischen Rechte,
- Zerstörung des Mutterschutzrechte,
- Ausweitung der Kinderarbeit,
- Unterdrückung der Gewerkschaften und Verfolgung und Ermordung von GewerkschafterInnen,
- sowie der Zerstörung der Umwelt und Krieg.

Aber es ist auch ein Dokument des Widerstandes und Kampfes der Frauen weltweit
- für die Wiederherstellung und Verteidigung der IAO-Übereinkommen zum Mutterschutz und zur Kinderarbeit;
- für die Verteidigung und Wiederherstellung der Tarifverträge, der Rechte des sozialen Sicherungssystems und der Rente;
- für die wirtschaftliche und soziale Gerechtigkeit, Gleichheit für alle Frauen
- Für den Frieden - für die Demokratie.

Damit ist dieses Memorandum eine wichtige Hilfe für alle, die dem internationalen Kampf für die Verteidigung der Rechte der ArbeitnehmerInnen, der sozialen Gerechtigkeit und der Gewerkschaftsunabhängigkeit verbunden sind.
(Ca. 50 Seiten DIN A 4; bei Bestellung von 10 Exemplaren gibt es 1 Freiexemplar)

Bestellung bitte an Gotthard Krupp, Knesebeckstr. 98; 10623 Berlin oder per Fax: 030 - 31 31 662 oder per E-Mail: IKgD-@t-online.de

Gewalt an Frauen keine Chance geben

Pressemitteilung von Bundesministerinnen Renate Schmidt und Brigitte Zypries, 22.11.02

Zum Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen am 25. November betonen die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Renate Schmidt, und die Bundesministerin der Justiz, Brigitte Zypries, dass die Bundesregierung ihren Kampf gegen Gewalt an Frauen nicht nur fortsetzen, sondern auch ausweiten wird. Dabei wird sie auch künftig eng mit den Nichtregierungsorganisationen (NGOs) zusammenarbeiten.

Ziel des Engagements der Bundesregierung ist, die Täter zur Verantwortung zu ziehen und den Gewaltopfern wirksamen Schutz und Unterstützung zu bieten. Dies kann am besten durch Kooperationsbündnisse erreicht werden, in denen die staatlichen Institutionen wie Polizei, Staatsanwaltschaften, Gerichte, Jugend-,Gesundheits- und Sozialämter mit den Frauenhäusern, Beratungsstellen und Projekten zusammenarbeiten und ihr konkretes Vorgehen abstimmen.

Die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Renate Schmidt, erklärt: "Den erfolgreichen Aktionsplan zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen wird die Bundesregierung fortschreiben. Mit diesem ressortübergreifenden Aktionsplan, der von der Prävention über gesetzliche Maßnahmen bis hin zu besseren Hilfsangeboten reicht, setzt der Staat ein klares Signal: Gewalt hat bei uns keine Chance! Bei allen unseren Initiativen werden wir in bewährter Weise mit den Nichtregierungsorganisationen aus dem Anti-Gewalt-Bereich zusammenarbeiten, eine Kooperation, die weltweit einzigartig und beispielgebend ist."

Das neue Gewaltschutzgesetz und die entsprechenden Polizeigesetze der Bundesländer zeigen Wirkung. Allein in Nordrhein-Westfalen sind im 1.Halbjahr 2002 fast 2200 Gewalttäter von der Polizei aus den Wohnungen verwiesen worden. "Das Gesetz wirkt", sagt die Bundesministerin der Justiz, Brigitte Zypries. "Nicht mehr die Opfer häuslicher Gewalt - ganz überwiegend Frauen - müssen ihre vertraute Umgebung verlassen, um der Gewalt zu entkommen. Stattdessen werden die Täter aus der gemeinsamen Wohnung verwiesen, ihnen wird der Schlüssel abgenommen und es wird ihnen gerichtlich bei Androhung einer empfindlichen Strafe verboten, zurück zu kehren." Die Opfer häuslicher Gewalt erfahren, dass sie nicht mehr allein gelassen werden. Dafür ist auch den Bundesländern zu danken, die mit dem Inkrafttreten des Gewaltschutzgesetzes für ein effektives Einschreiten der Polizei gesorgt haben.

Bei allem Erfolg will sich die Bundesregierung mit dem Erreichten nicht zufrieden geben. Gewalt gegen Frauen hat viele Gesichter, deshalb muss sie auf vielen Feldern bekämpft werden. "Deshalb werde ich die Reform des Sexualstrafrechts angehen. Frauen mit Behinderung und widerstandsunfähige Frauen haben den gleichen Anspruch auf Schutz ihrer körperlichen Unversehrtheit wie Menschen ohne Behinderung. Deshalb werden wir die Strafvorschriften zum Schutz behinderter und widerstandsunfähiger Menschen an die Strafvorschriften zum Schutz vor sexueller Nötigung und Vergewaltigung anpassen. Außerdem wird der menschenverachtende Frauenhandel weiter entschieden bekämpft werden", sagt Bundesjustizministerin Zypries. Bundesministerin Renate Schmidt kündigt eine verbesserte Versorgung von Gewaltopfern an: "Damit die gesundheitliche Versorgung von Frauen, die Opfer von Gewalt geworden sind, verbessert wird - von der Diagnose bis zur speziellen Beratung und Versorgung -, wollen wir auf alle Akteure im Gesundheitswesen einwirken. Eine wichtige Voraussetzung hierfür sind spezielle Fortbildungsmaßnahmen für Pflegekräfte wie auch für Ärztinnen und Ärzte. Ich freue mich, dass sowohl die Bund-Länder-Arbeitsgruppe "Häusliche Gewalt" als auch die von unserem Ministerium geförderte "Bundeskoordination Frauengesundheit" die Versorgung der von Gewalt betroffenen Frauen und ihren Kindern zu einem Schwerpunktthema erklärt haben. Ein solches vernetztes Vorgehen ist wichtig, damit wir das Thema auch in alle zuständigen

Bereiche transportieren und die verschiedenen Akteure sensibilisieren."
Materialien zum Thema Gewalt gegen Frauen und Kinder und zum Gewaltschutzgesetz sind erhältlich über die Broschürenstelle des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Postfach 20 15 51, 53145 Bonn, Tel: 0180-5 329 329,
E-Mail: broschuerenstelle@bmfsfj.bund.de>
und beim Bundesministerium der Justiz,11015 Berlin, Tel. 01888/ 580 9033, E-Mail: bmj@gvp-bonn.de

Öffentlich sichtbar werden? Die Wirtschaftsweiber

Für lesbische Fach- und Führungskräfte aus den unterschiedlichsten Wirtschaftsunternehmen, Unternehmerinnen und Freiberuflerinnen gibt es in München einen speziellen Verband: Die Wirtschaftsweiber. Ich habe mir die Webseite angesehen. Die Mitglieder dieses, 1999 gegründeten, Vereines möchten es sich beruflich, persönlich, wirtschaftlich und fachlich fördern, Ideen umsetzen, öffentlich sichtbar werden, gesellschaftlich und politisch Einfluss nehmen und mehr Macht und Geld für Lesben schaffen. So steht es auf der Site www.wirtschaftsweiber.de.

Drei Regionalgruppen gibt es bisher, in Berlin, Stuttgart und München. Vor einem Eintritt in dieses Netzwerk wird sorgfältig die Arbeitsweise der Teilnehmenden geprüft. Interessentinnen sollten sich zu einem Workshop oder einem Regionalgruppentreffen melden.
Etwa 80 Prozent der Wirtschaftsweiber sind Angestellte, der überwiegende Teil arbeitet in Grossunternehmen wie Allianz, HypoVereinsbank, Hewlett Packard, Infineon, Siemens, Swiss-Re. Tätig sind die Vereinsfrauen als Fachkräfte und als Führungskräfte im mittleren und oberen Management. Ich finde eine schlicht-gestaltete Webseite mit den nötigsten Informationen. Obwohl "öffentlich sichtbar werden" zu den ausgewiesenen Zielen des Vereins gehört, ist das Bemerkenswerte dieser Präsentation, ihre komplette Anonymität und eine stereotype Sachlichkeit. (wt-bp)

Frankfurt/M. 20.01.2002; womanticker

Antidiskriminierungsgesetz für Lesben und Schwule

Die lesbischen Landesnetzwerke aus Hessen und NRW begrüßen die Berufung von Frau Brigitte Zypries zur Bundesjustizministerin. Wir gehen davon aus, dass mit ihrer Ernennung die Umsetzung der Europäischen Richtlinien in Form eines deutschen Antidiskriminierungsgesetzes nun zügig vorangehen wird.
Wir bekräftigen unsere Forderung nach einem umfassenden Antidiskriminierungsgesetz, das die Lebenssituationen von Lesben und Schwulen einbezieht. Unser besonderes Augenmerk legen wir dabei auf eine klare Umkehr der Beweislast und die Einrichtung kommunaler Antidiskriminierungsstellen. Unseren Forderungen haben wir bereits mit einer Unterschriftenaktion und einem Gespräch im Bundesjustizministerium Anfang September Nachdruck verliehen.
Constance Ohms Gabriele Bischoff
Hessisch Lesbisch LAG Lesben in NRW

NACHRICHTEN

Frauenberatungsstellen NRW Erfolgreiche Protestaktion gegen drohende Streichungen.

Die Streichungspläne

Im Herbst vergangenen Jahres schlugen die Frauenberatungsstellen NRW Alarm: Ab 1.1.2003 sollte die finanzielle Förderung gestrichen werden für:

- Frauenprojekte, die zu sexualisierter Gewalt arbeiten
- Zufluchtsstellen für Mädchen und junge Frauen
- Die Beratungs- und Öffentlichkeitsarbeit, um das Gewaltschutzgesetz umzusetzen
- Beratung von Frauen in Abschiebehaft
- Ausstiegsberatung für Prostituierte
- Eine vom Land geförderte ½ Personalstelle für Frauenberatungsstellen, Frauennotrufe und Wildwasser

Folgen dieser Streichungspläne wären gewesen:

- Hilfen für Mädchen und Frauen werden massiv gekürzt
- Opferschutz wird völlig infragegestellt

- Mädchen und Frauen werden mit traumatischen Erfahrungen wieder alleinegelassen
- Bewährte frauenspezifische und frauenparteiliche Anlaufstellen werden demontiert.

Die Protestaktion

Die LAG Frauenberatungsstellen NRW sammelte Unterschriften gegen diese Streichungspläne und organisierte eine Demonstration mit ca.500 Frauen vor dem nordrhein-westfälischen Landtag, bei der dem Landtagspräsidenten 28942 Unterschriften überreicht wurden. Der Präsident reagierte: „Die Arbeit der Frauen vor Ort ist wichtig, ganz besonders, weil sie im ganzen Land Hilfsnetze aufgebaut haben“: Die Lag forderte die Verantwortlichen in der Politik auf, die Streichungen zurückzunehmen. Allein in NRW wären dadurch 47 Halbtagsstellen in der Beratungsarbeit gefährdet gewesen.

Die Rücknahme der Streichungen

In einer Pressemitteilung vom 12.11.2002 wurde bekannt gegeben: „Koalitionsfraktionen beschließen Nachbesserungen in Hohe von 35 Mio. Euro“. SPD und Grüne haben damit u.a. die Streichungspläne für die Frauenberatung zurückgenommen und an anderen Stellen die Gelder eingespart, um am Ziel der Haushaltskonsolidierung festzuhalten.
Kontakt: frauenberatungnw@aol.com
www.frauenberatungsstellen-nrw.de

Justizministerium plant Bestrafung von MitwisserInnen bei sexuellem Mißbrauch

Die Bundesministerin für Justiz hat angekündigt, Menschen, die von einem Missbrauch wissen und diesen nicht anzeigen, mit einer Freiheitsstrafe von bis zu 5 Jahren zu belegen. Damit ist die Frage nach der Schweigepflicht bzw. Anzeigepflicht aufgeworfen. Wenn Frauen mit einem Missbrauchsverdacht oder -fall in die Beratungsstellen kommen und damit rechnen müssen, dass dort Anzeige erstattet wird, besteht die Gefahr, daß Mißbrauch gerade umgekehrt gar nicht mehr gemeldet wird!

Da es sich bei diesem Vorhaben des Justizminbisteriums offenbar erst um einen Gesetzentwurf handelt, ist es notwendig, zu handeln.

Eine Mutter, deren Tochter sexuell mißbraucht wurde, hat zu dem Plan folgendes zu sagen: „Das ist natürlich absurd in Anbetracht der Tatsache, dass man erstmal verhöhnt wird und für unglaubwürdig erklärt, wenn man den Mißbrauch beim Jugendamt oder der Polizei anzeigt. Ich finde es gut, wenn man in Sachen Kindesmißbrauch endlich etwas unternimmt (von Gesetzes-Seite) - aber wäre es nicht besser, den Betroffenen mit Glauben und aktiver Unterstützung zu helfen, als ihnen noch zu drohen!?!
Wäre es nicht besser, bei dem ersten geäußerten Verdacht des sexuellen Mißbrauchs den Umgang mit dem Täter zu verhindern und das Kind zu schützen, statt es als nicht glaubwürdig hinzustellen und die Mutter zu zwingen, das Kind dem Täter weiter auszuliefern unter dem Deckmantel des "Rechts des Vaters auf Umgang mit seinem Kind"?!
Das ist nämlich das erste was das Jugendamt und die Polizei dazu sagt, und nicht: "Da sind wir aber froh, dass wir so aufmerksame Mütter und Nachbarn und Kindergärtnerinnen haben, die unsere Kinder beschützen." Wenn "diesen Nächsten" mehr Glauben geschenkt würde, wäre die Hemmschwelle nicht so groß, den Verdacht oder gar die Tatsache des sexuellen Mißbrauch zu melden - dann bräuchte man dieses Gesetz nicht...“

Zwei Jahrzehnte Kampf Der Lesbenring feiert den runden Geburtstag mit einem Kongress.

„Wir machen aus Lust und Liebe Politik!“ verkündet der Lesbenring auf seiner Homepage. Seit 1982 kämpfen die Vereinsfrauen für ihre radikalfeministischen Interessen. Den 20. Geburtstag feierten die Aktivistinnen am 9. und 10. November 2002 mit dem Kongress „LesbenLebenFeminismus“, auf dem ein neues Selbstverständnispapier vorgestellt wurde.
Gegründet wurde der Lesbenring in der Blütezeit der Frauenbewegung, er bezeichnet sich heute mit insgesamt
5800 Frauen als „größter bundesweiter Dachverband von Lesben und Lesbenorganisatio-

nen“. „Wir verstehen uns als einen Teil der feministischen Frauenbewegung“, so die Pressesprecherin Jule Blum. Dem Verein gehe es insbesondere um die Förderung lesbischer Lebensweisen, des Coming-Outs und der lesbischen Identitätsentwicklung. Auf der politischen Agenda stehen ein umfassendes Antidiskriminierungsgesetz, die rechtliche Verbesserung von (lesbischen) Migrantinnen sowie eine alternative Familienpolitik. „Wir wollen, dass die Privilegierung der Ehe durch den Staat (...) beendet wird“ heißt es in den Forderungen. In den Anfangstagen schien eine Vernetzung von Lesben das Gebot der Stunde, vor allem von Frauen aus ländlichen Gebieten. Verglichen mit den Aktivitäten der Anfangstage, ist die politische Arbeit erheblich angewachsen. So steht der Verband auf der Lobbyliste des Deutschen Bundestages und kooperiert mit der International Lesbian and Gay Association (ILGA). Von Andrea Jilge, Queer November 2002:

In Deutschland verdienen Frauen besonders wenig

Beim Einkommen gibt es nach wie vor erhebliche Unterschiede zwischen Frauen und Männern in der Europäischen Union. Am größten sind die Differenzen in Deutschland: Hier erzielten Frauen in der Privatwirtschaft nur 73 Prozent des Einkommens der Männer. Auch im öffentlichen Dienst bildet Deutschland das Schlusslicht: Frauen erhielten nur 77 Prozent des Einkommens von Männern. Dagegen verdienen portugiesische Frauen im öffentlichen Dienst acht Prozent mehr als Männer. In der Privatwirtschaft steht Dänemark bei der Geschlechtergleichstellung an der Spitze: Frauen bekommen dort 92 Prozent des Einkommens ihrer Kollegen, meldet die Statistikbehörde Eurostart. Während fast doppelt so viele Männer wie Frauen eine Führungsposition einnahmen, sieht die Lage an den Hochschulen anders aus: In den meisten EU-Staaten studieren inzwischen mehr Frauen als Männer.

SZ 19./20.10.02

Gemeinschaft der weiblichen Entwickler

Die jungen Frauen sind hier völlig unter sich, steht auf der Startseite. Das ist immer noch wichtig. Schafft doch diese temporäre Exklusivität eine wichtige Vorrausetzung, damit mädchenhaftes Technologie-Interesse auf fruchtbaren Boden fällt.

Die FDC (female developers community) möchte ein virtueller Treffpunkt für junge Frauen sein, die sich in irgendeiner Weise für IT interessieren. Dafür wird eine Internetplattform zur Verfügung gestellt und Beratung angeboten. Erster Vorschlag, was die Mädchen hier tun können, von Seiten der Anbieter/innen: Eine Homepage erstellen. Moderiert wird diese Community selbst von engagierten jungen Frauen, die z.T. auch eifrig an der Entwicklung mitgearbeitet haben. Ein Projekt also für angehende Web-Entwicklerinnen.

Der Modellversuchs "Love-it" stellt eine Plattform zu Verfügung, die es ermöglichen soll, dass junge Frauen gemeinsam an Web/Software- Projekten arbeiten. Inhalt und Komplexität der Projekte werden selbst festgelegt. Derzeit hat die Community 17 Mitglieder, das sollen aber schnell mehr werden. Ich finde eine unauffällig-jugendlich gestaltete Plattform, die mit Open Source Software umgesetzt wurde. Kein Impressum, dafür ein Verweis auf den Projektträger. Ich stoße im Forum (Bereich: php/mysql) auf die Antwort eines Moderators namens "Lang", der auch Webmaster der Site ist. Ich schaue in dessen freundliches, aber unzweifelhaft männliches Gesicht, erinnere mich, irgendwo etwas gelesen zu haben und kehre zur Startseite zurück. Ich finde sie auch gleich, die Sätze, die dieser Community ihren Sinn geben: "Moderiert wird diese Community selbst von engagierten jungen Frauen und Mädchen, die z.T. auch sehr eifrig an der Entwicklung mitgearbeitet haben. Wir sind also völlig unter uns." (wt-bp)

Frankfurt/M. 15.01.2003; womanticker

LITERATUR

Verrat am Kindeswohl

Erfahrungen von Müttern mit dem Sorge- und Umgangsrecht in hochstrittigen Fällen

Anita Heiliger/Traudl Wischnewski (Hg.)

Seit dem1998 in Kraft getretenen neuen Kindschaftsrecht, das die gemeinsame elterli-

che Sorge als Regelfall verankert hat, häufen sich dramatische Fälle, in denen die praktische Umsetzung des Rechts durch Gerichte, GutachterInnen und Jugendämter es Müttern erschwert bis völlig unmöglich macht, ihre Kinder vor Gewalt und Machtmißbrauch durch Väter zu schützen.

Der Grundsatz, nach dem verfahren wird, heißt: der Vater hat ein Recht auf sein Kind, obwohl im Gesetz das Recht seitens des Kindes formuliert ist. Der zweite Grundsatz heißt: das Kind brauche unbedingt einen Vater für eine unbeschädigte Entwicklung – selbst, wenn er gewalttätig ist. Mütter werden mehrheitlich dazu gezwungen, gemeinsamer elterlicher Sorge oder auf jeden Fall Umgang des Vaters mit dem Kind zuzustimmen, selbst in Fällen des Verdachts auf sexuellen Mißbrauch durch den Kindsvater. Wohl begründete Verweigerung des Umgangs durch Mütter wird oft nicht akzeptiert, der Wille eines Kindes, das Angst vorm Vater hat und ihn nicht sehen will, bleibt oft unbeachtet und der Mutter wird Manipulation des Kindes unterstellt.

So werden Mütter und Kinder oftmals mit z.T. hohen Zwangsgeldandrohungen zum Kontakt mit erziehungsungeeigneten und gewalttätigen Vätern gezwungen und Kindern wird schwerer seelischer und körperlicher Schaden zugefügt, der einen offenen Verrat am Kindeswohl darstellt.

Das Buch: „Verrat am Kindeswohl“ gibt einen Einblick in die Vielzahl dramatischer und traumatischer Vorgänge und in den verzweifelten Kampf von Müttern um den Schutz ihrer Kinder. Der Schwerpunkt des Buches liegt auf authentischen Erfahrungen von Müttern aus eigenen Berichten, Interviews und der Auswertung von Fragebögen. Ergänzt und bestätigt werden die Berichte durch Erfahrungen von einigen Fachkräften, an die sich zahllose Mütter hilfesuchend wenden.

Das Buch will die häufige Dramatik der gegenwärtigen Situation und die hohe Gefährdung für viele Kinder aufzeigen. Es möchte einen Beitrag zur Veränderung der Praxis leisten, um das Kindeswohl zu sichern und Mütter in entsprechendem Bemühen zu unterstützen und anzuerkennen.

Verlag Frauenoffensive, Frühjahr 2003

Lexikon der Frauenzitate

Kluge Gedanken, freche Bonmota, zeitlose Weisheiten

Ursula Scheu (Hg)

„Ich kann in zwölf Sprachen *nein* sagen. Das genügt für eine Frau“ (Sophia Loren)

„Viele erfolgreiche Männer haben keinerlei sichtbare Qualifikationen außer der, keine Frau zu sein.“ (Virginia Woolf)

Die erste umfassende, thematisch geordnete Zitatensammlung von Stars, Politikerinnen, Schriftstellerinnen, Forscherinnen und Philosophinnen mit Kurzinformationen zu den Autorinnen und detaillierten Nachschlagfunktionen.

Mehr als zweitausend Zitate von Hunderten von Frauen machen dieses Werk zu einem einzigartigen Schatz weiblicher Weisheit und witzig-scharfsinniger Formulierungsgabe. Das Lexikon spannt einen inhaltlichen Bogen über alle Lebensbereiche und liefert Lebensdaten und Kurzinformationen zu allen zitierten Frauen. Es enthält ein Sach- und ein Namensregister sowie einen Quellenanhang, Eine Fundgrube für Vorträge, gute Antworten auf blöde Sprüche – und sicher für so manche Kundenberatung.

Dr. Ursula Scheu ist Diplompsychologin und Autorin mehrerer Bücher. Sie gab mit Alice Schwarzer den *Frauenkalender* heraus und verfasste den *Longseller Wir werden nicht als Mädchen geboren, wir werden dazu* gemacht. Im Hugendubel Verlag ist von ihr erschienen: *Die Rebellion ist eine Frau. Anita Augsburg und Lida G. Heymann – Das schillerndste Paar der Frauenbewegung* (mit Anna Dünnebier)

Hugendubel Verlag, ISBN 3-7205-2348-9

Mädchenarbeit im Gendermainstream

Anita Heiliger

Buchbesprechung von Dr. Barbara Stiegler

Gender Mainstreaming bedeutet für Organisationen und Institutionen, dass sie geschlechterpolitische Ziele in allen Arbeitsfeldern umzusetzen. Gender Mainstreaming entlässt damit die Frauenforschung und die feministische Politik nicht, vielmehr müssen sich die Organisationen den Erkenntnissen aus der feministischen Forschung und Praxis öffnen. Anita Heiliger zeigt in ihrem Buch,

wie man diese Erkenntnisse so aufbereitet , dass sie in die Praxis von Institutionen einfließen können. Sie hat viele Ergebnisse feministischer Forschung zum Fachgebiet der Frauen- und Mädchenarbeit zusammengestellt und bietet darüber hinaus eigene Analysen und Einschätzungen. Deutlich wird, wie viel die feministische Mädchenarbeit an Erkenntnissen und Positionierungen zu bieten hat, in ihrer Geschichte, ihrer Theorie und ihrer reflektierten Praxis.
Das Buch ist klar gegliedert. Zunächst gibt es eine Einschätzung zu Gender Mainstreaming als politischer Strategie zur Erreichung der Gleichstellung, in der es nicht zuletzt um die Gefahren dieser Strategie für die Mädchen- und Frauenförderung geht. Dann gibt es eine Bestandsaufnahme:
Erfahrungen von Mädchen und jungen Frauen mit Gewalt und Diskriminierung aufgrund ihres Geschlechtes werden empirisch aufgearbeitet, und es wird deutlich, dass die Mädchenbilder mit der Lebensrealität von Mädchen kaum übereinstimmen. Gewalt und Demütigungserfahrungen gehören, wenn man genauer hinschaut, zum allgemeinen Erfahrungsschatz junger Frauen, Migrantinnen leben unter besonders komplizierten und belastenden Situationen, und junge Frauen mit Behinderungen sind sexueller Gewalt in spezifischer Weise ausgesetzt,- gute Gründe für eine parteiliche Arbeit, die im nächsten Schritt in ihrer Bedeutung gewürdigt wird. Anita Heiliger setzt sich auch mit dem Problem auseinander, dass viele junge Mädchen und Frauen geschlechtsspezifische Angebote ablehnen. Sie interpretiert die Barrieren für eine Inanspruchnahme dieser Angebote auch als Reaktion auf die kulturelle Abwertung von Mädchen- und Frauenräumen. Sie arbeitet die Bedeutung mädchenspezifischer Angebote für die Mädchen heraus und zeigt, dass junge Migrantinnen, lesbische Mädchen und Mädchen und junge Frauen mit verschiedenen Behinderungen ganz besonders auf solche Angebote angewiesen sind. In drei Exkursen setzt sie sich dann mit aktuellen Diskussionen auseinander: zum einen mit der strukturellen Verankerung der Berücksichtigung von Mädcheninteressen in der Jugendhilfe, zum anderen mit der vermeintlichen oder wahren Gewaltbereitschaft bei Mädchen als ein neues gesellschaftliches Problem und zuletzt mit der antisexistischen Jungenarbeit als Bestandteil mädchengerechter Arbeit. Hier bietet sie dem Leser und der Leserin einen guten Überblick über die Diskussionsstränge, aber auch über konkrete Ereignisse und Erfahrungen in verschiedenen Städten Deutschlands.

Das Buch ist ein Kompendium für Fachleute aus dem Bereich der Jugendhilfe, und es kann als Standardwerk zur Erlangung von Genderkompetenz in diesem Feld gesehen werden. Geeignet ist es aber auch für die Kommunal-, Landes- und Bundespolitiker und –politikerinnen, die zunehmend mit Gender Mainstreaming Prozessen zu tun haben werden. Wenn auch die Beteiligung von Fachfrauen aus der Mädchenarbeit in der alltäglichen Verwaltung und in ihren Entscheidungsgremien im Rahmen von Gender Mainstreaming Prozessen noch nicht üblich ist, die Arbeit von Anita Heiliger kann dazu beitragen, jede und jeden davon zu überzeugen, dass die Jugendarbeit qualitativ besser wird, wenn die Ergebnisse der feministischen Forschung aufgegriffen werden.
Verlag Frauenoffensive, ISBN 3-88104-351-9
Dr. Barbara Stiegler, Abt. Arbeit und Sozialpolitik, Friedrich-Ebert-Stiftung, Arbeitsschwerpunkte: Frauen und Geschlechterforschung, Gender Mainstreaming. Barbara.stiegler@fes.de

Gewalttätige Männer ändern (sich)

Rahmenbedingungen und Handbuch für ein soziales Trainingsprogramm

Rosa Logar, Ute Rösemann, Urs Zürcher (Hrsg.)

Gewalttätigkeit wird gelernt und in Familien über Generationen weitergegeben. Gewaltfreies, partnerschaftliches Verhalten ist auch lernbar. Ein pädagogisch orientierter Kurs - das soziale Trainingsprogramm - bietet die Grundlagen zur Veränderung gewalttätiger Männer. Zum ersten Mal im deutschsprachigen Raum wird ein Angebot für gewalttätige Männer vor- gestellt. Inhalt und Arbeitsweise dieses sechsundzwanzigwöchigen Kurses werden ausführlich erläutert. Weiterführendes Material und Kontaktadressen vervollständigen schliesslich den innovativen Handbuchteil.

Vier Aufsätze aus Deutschland, Österreich und der Schweiz beleuchten die Rahmenbedingungen und bieten den nötigen Boden für die sensible Aufgabe, ein Kursangebot für Gewalttäter auf- zubauen. Zentral ist die Einbindung in rechtliche und institutionelle Interventionen - erst dies verspricht den erfolgreichen Schutz der Opfer und ihrer Kinder.
Das Buch macht Mut. Veränderungen werden denkbar und - nachhaltig - machbar. Die Publikation richtet sich an Fachleute, die mit Tätern und Opfern konfrontiert sind, an Behörden und Verwaltung, an Personen aus Sozialarbeit, Antigewaltarbeit und Recht sowie an Interventionssteilen und Projekte im Bereich der häuslichen Gewalt.
2002. 191 5., kart., ISBN3-258-06395-8

Das neue Gewaltschutzgesetz

Das neue Gewaltschutzgesetz verbessert den zivilrechtlichen Schutz bei Gewalttaten allgemein und erleichert darüber hinaus mit der Eröffnung von zivil- und strafrechtlichen Maßnahmen die Bekämpfung des sogenannten "Stalking" (Belästigung, Bedrohung, Verfolgung oder sonstige Behelligung). Das Thema Gewaltschutz wird praxisgerecht aus den Blickwinkeln der jeweils betroffenen Personenkreise erläutert. Gesetzestexte, Materialien und Musterformulare mit Ausfüllhinweisen runden das Werk ab.
Der Band richtet sich an Beratungsstellen, Rechtsanwälte, Richter, Polizeidienststellen und (Gleichstellungs-/) Frauenbeauftragte.
Dr Birgit Schweikert, Bundesministerium dür Familie, Senioren, Frauen und Jugend, ist mit Entstehung und Umsetzung des neuen Gewaltschutzrechts als "Insiderin" bestens vertraut. Dr. Susanne Baer befasst sich im Rahmen ihrer Lehrtätigkeit seit längerem intensiv mit dem Thema Gewaltschutz. Beide Autorinnen sind durch einschlägige Publikationen bekannt.
Nomos Express ISBN 3-7890-7833-6

"Diagnose Gewalt" (Kiel)

Publikation zur Fachtagung
"Diagnose: Gewalt. Leitfaden für den Umgang mit Patientinnen, die von häuslicher Gewalt betroffen sind."
Herunterladen oder online bestellen hier: http://www.landesregierung.schleswig-holstein.de/coremedia/generator/Aktueller_20Bestand/MJF/Brosch_C3_BCre_20_2F_20Publikation/Diagnose_20Gewalt.html
Bestellung per Post, Fax oder Email hier: Ministerium für Justiz, Frauen, Jugend und Familie des Landes Schleswig-Holstein, Lorentzendamm 35, 24103 Kiel, Tel.: 0431/988-3703, Fax: 0431/988-3704, E-Mail: pressestelle.mjf@jumi.landsh.de

Blutiger Sonnenaufgang. Missbraucht - und geliebt.

Lara Andriessen

Dazu das Vorwort einer Diplompsychologin und Menschenrechtlerin:
Das Bild heißt "Blutiger Sonnenaufgang" sagt die junge Lara trotzig zu ihrem schockierten Zeichenlehrer, der in der gleichen Hilflosigkeit wie alle anderen Erwachsenen erstarrt und auch dort bleibt; wie alle anderen...
Das kennt dieses Kind nur zu gut, und da können ihre seelischen und körperlichen Qualen sogar offen sichtbar sein. Man will es nicht sehen! Es ist zu ungeheuerlich.
In der Tat sind Sperma und Blut des eigenen Vaters in und auf einem Baby etwas Ungeheuerliches. Ein Baby, das von der Mutter nicht gewollt und in der Folge konsequent gehasst, gequält und zutiefst verachtet wird. Sie spricht ihm in Wort und Tat das Recht auf Menschenwürde ab. Die Stricknadeln, auf den Fötus gerichtet, sind dabei nur der Anfang. Die Rechtfertigung der Mutter vor sich selbst: Lara ist das Produkt einer Vergewaltigung. Es ist ein und derselbe Mann, der dies alles tun darf und bis heute nicht wirklich behelligt wurde. Niemand hat ihn je gezwungen, Verantwortung zu übernehmen.
Jahrzehnte später tut dies eben seine Tochter für ihn: sie besteigt geradezu todesmutig eine "Zeitmaschine" und lässt sich selbst noch einmal auf ihre Lebenszeit als Baby, Kleinkind, Kind und Jugendliche ein. Das ist aus psychologischer Sicht ein lebensbedrohliches Unterfangen für die eigene Seele. Aber die Autorin Lara Andriessen begibt sich nicht zum ersten Mal auf eine solch gefährliche Expedition in die eigene Vergangenheit. Ihre anderen Bücher - wie zum Beispiel "Verdauung der Masken" - beweisen es. Doch das

hier vorliegende Buch unterscheidet sich wiederum stark von den anderen: Es ist das Unerträglichste von allen. Es ist gar nicht verdaulich. Kaum zu ertragen ist der Inhalt; die Wahrheit. Aber was ihn unverdaulich macht, ist die Kunst des Schreibens darüber, die Andriessen im Lauf der Jahre entwickelt hat.
"Blutiger Sonnenaufgang" spiegelt die gesamte Palette und Entwicklung der Phänomenologie der sexualisierten Kindesmisshandlung aus der Sicht des kindlichen Opfers von Anfang an. Die perfide "Gehirnwäsche" des Täters, der zugleich der geliebte Vater ist; die in ihrer Destruktivität kaum zu überbietende Projektion der Mutter, die von Hass und Verachtung auf sich selbst, auf den vergewaltigenden Ehemann und ihr gesamtes Leben so zerfressen ist, dass sie selbst in einem Baby nur noch ein Objekt ihrer Abreaktionen sehen kann und will; der Kirchenmensch, der sich im Grunde als Exorzist aufspielt; die hilflos ausweichenden Geschwister und all die anderen - helfen nicht. Niemand hilft!
Lara ist allein. Von Anfang an ist sie auf sich gestellt und der sadistischen oder ignoranten Erwachsenenwelt ausgesetzt: Die kindliche Phantasie- und Märchenwelt wird benutzt, um sie komplett zu verwirren, damit der selbst ernannte "Zauberer", der eigene Vater, sie misshandeln kann. Wer wissen will, wie der Lolita-Mythos wirklich entsteht und welche grausame Wirklichkeit für die "Lolita" dahinter steht, bekommt hier eine Chance; nämlich Lara´ s Sicht auf ihren "Vater" und sein Verhalten.
Haut, Knochen, Muskeln und Seele werden von der Mutter erbarmungslos geschlagen; mit Methoden, die an professionell verübte Folterungen erinnern. Wer wissen will, warum Mütter schweigen, wird es endlich verstehen: es ist nicht nur unterlassene Hilfeleistung. Es ist das perfekte Pendant zum Verhalten des Täters. Beides ist gleichermaßen kriminell.
Die Frontalangriffe auf ihr Intimstes, auf ihre Identität, auf ihr Energiezentrum werfen Lara auf eine Lebensbahn, die kalt, schwarz und eigentlich nicht "überlebbar" ist. Es ist und bleibt ein Wunder, dass sie es dennoch überlebt hat. Genau das wird in diesem ganz besonderen Buch von Andriessen so klar und deutlich.
Wer die Autorin kennt, wird nach der Lektüre jedoch nicht nur verblüfft oder fassungslos ausrufen: "Ich kann nicht glauben, dass du das überlebt hast, Lara!"
Nein, es ist anders.
Lara Andriessen hat am Ende gewonnen. Sie ist ein wundervoller, lebendiger und starker Mensch von hoher Sensibilität und ebenso viel Mut geworden. Als Freundin mag man sie nicht missen; als Autorin aber auch nicht.
Danke für den Sonnenaufgang, Lara. Für mich bist Du der selbst.
Becker (2002), ISBN: 3929480255

Monika Gerstendörfer (Diplompsychologin)

Macht über Mägen – Essen machen statt Knappheit verwalten,

Haushalten in einem südamerikanischen Dorf

Martina Kaller-Dietrich

Anhand von persönlichen Erlebnissen und Gesprächen in einem südmexikanischen Dorf beschäftigt sich die Autorin in diesem Buch mit existenziellen Fragen zum Thema "Essen". Sie beleuchtet die komplexe Thematik aus ungewohnten Blickwinkeln, schreibt über die Zentralität der Küche und beobachtet das Dorf von der Küche aus. Die Macht der Frauen über Mägen liegt in einer der wirtschaftlich schwächsten Regionen Mexikos im "Essen" - ein aktives Tätigsein.
Essen als aktives Tätigsein steht im Gegensatz zur Ernährung - eine passive Aufnahme von Nährwerten. Aus der Sicht der Autorin reduziert der Begriff Ernährung eine Speise auf die physiologische Verwertbarkeit. Mit dem Zerlegen der täglichen Nahrung auf Kategorien wie Vitamine, Kalorien bzw. Joule verschwinden die handelnden Person- en im Alltag, in der Alltagssprache und in den alltäg lichen Bildern.
"Der Mensch ist, was er isst" - ein altbekamiter Leitsatz wird hergenommen als Verweis. Das spezifische Zusammentun von Zutaten, die Form der Zubereitung und die Art des Gerichtes geben Auskunft über komplexe Handlungen und Gestaltungen bestimmter Menschen. Aktives Tätigsein - essen - meint kochen, auch als ein Stück Kulturschöpfung, Kulturwissen, Nahrungswissen, Gestaltungsfähigkeit und Selbstvertrauen.

Kaller-Dietrichs Unbehagen mit dem Konzept von Ernährung, welches häufig auch als erzieherische Aufgabe im Zuge von Entwicklungsmaßnahmen gesehen wird, weitet sich zur Kritik am Entwicklungsmodell an sich aus. Am Beispiel von Essen und Ernährung zeigt sie auf, dass Entwicklung beträcht- lich zur Vernichtung von schöpferisch aktiven und spirituell gehaltvollen Formen des Tätigseins, sowie von vielfältigen Lebensformen und kulturellen Lebensweisen - beigetragen hat.
Die Autorin diskutiert in einem breiten Spektrum gängige anthropologische und ethnologische Theorien und Sichtweisen. Sie zitiert Forschungsarbeiten zum Aspekt Geschlecht in Essen und Ernährung und setzt sich mit der herkömmlichen ökonomische Betrachtungsweise. - Frauen sind als Alleinverantwortliche für das Füllen von Mägen verantwortlich und werden ausgebeutet - kritisch auseinander.
Kaller-Dietrich zeigt vielfältige Beziehungsgeflechte und dadurch entsteht ein anderes Bild: die Zuständigkeit für das Essen bedeutet auch Nähe, Beachtung, Wertschätzung und ist eine Grundvoraussetzung für das Entstehen und Erneuern von sozialen Bindungen. Essen als Tätigsein hat auch mit Lust, Glück, Anerkennung und Freude zu tun. Das Zusammenleben im Dorf wird als Eigenständigkeit betont - zusammengefasst im Begriff der Eigenmacht.
Besonderen Wert legt die Autorin auf die - mit dem Essen verbundene - emotionale und spirituelle Perspektive. Der soziale Zusammenhang rund ums Essen, das eigene Verständnis für den Kosmos und seine Wirkungen auf Speise und Trank mit Bezug zu Leib und Seele sind ihr wichtig. Frauen halten über das Essen Kontakt mit der Erde, dem Wasser und auch mit ihren Vorfahren. Diese wichtigen Komponenten werden durch die wissenschaftlichen Diskussionen von sogenannten Experten vermehrt ins Unwirkliche und Abwegige abgedrängt.
Da fast überall auf der Welt Frauen das Essen machen und dafür zuständig sind ist die umfangreiche Abhandlung zu diesem Thema in diesem Buch - eine Zusammenfassung der Habilitationsschrift von Martina Kaller-Dietrich - durchwegs interessant. Der etwas andere Blickwinkel, die Betonung auf das Eigene und Eigenmächtige ihrer Gesprächspartnerinnen ohne Rückkehr zum Missverständnis zur angeblich "natürlichen" Aufgabe der Frau ist schon alleine auf grund der umfangreichen Querverweise und Literaturhinweise eine nützliche Ergänzung für jede, die sich mit "Frauenthemen" beschäftigt.
Claudia Nichterl , aus: Kory*phäe* – Medium für feministische Naturwissenschaft und Technik, Nr. 32/ November 2002

Wer macht die Nachrichten?

Materialiensammlung

Vielfältige Anfragen zum Thema haben den Journalistinnenbund zu einer Zusammenstellung der wichtigsten Fakten und Zahlen veranlasst, aus denen der Anteil der Frauen an der Produktion der Nachrichten in Hörfunk, Fernsehen und bei den Printmedien ebenso ersichtlich wird die Unterrepräsentanz von Frauen als Gegenstand der Berichterstattung.
Die fotokopierte Materialiensammlung (54 Seiten), die von Marlies Hesse zugesammengestellt wurde, kann für 10 x 0,56 EUR-Briefmarken über die Geschäftsstelle des Journalistinnenbundes, In der Maar 10, 53175 Bonn, Tel./Fax 0228 – 312747, bestellt werden.

TERMINE

1. Marburger Arbeitsgespräche - Der andere Blick: Gender Kompetenz in der Arbeitsforschung

20.-21. Februar 2003 in Marburg

Vor dem Hintergrund der sich gegenwärtig vollziehenden, grundlegenden Transformation der Arbeitswelt und der Notwendigkeit einer Re-Vision und Re-Konstruktion des Gegenstandsbereiches "Arbeit" will sich das seit Juni 2002 existierende Projekt GendA in die Debatte um eine zukunftsfähige Arbeitsforschung einmischen. Unserer Ansicht nach bedarf es einer feministischen bzw. genderorientierten Perspektive, um der Komplexität des Gegenstandsbereiches gerecht zu werden. Angesichts der Tatsache, dass zahlreiche WissenschaftlerInnen in unterschiedlichen Disziplinen zu "Arbeit und Geschlecht" forschen, möchte unser Projekt diese vorhande-

ne Gender Kompetenz zusammenführen, aufbereiten, vernetzen und gemeinsam weiterentwickeln, um interventionsfähig zu werden. Die Vielschichtigkeit und die gesellschaftliche Bedeutung des Themas „Arbeit“ erfordern eine inter- und transdisziplinäre Auseinandersetzung sowie einen Dialog zwischen Theorie und Praxis. Die *1. Marburger Arbeitsgespräche - Der andere Blick: Gender Kompetenz in der Arbeitsforschung* sollen der erste Schritt auf dem Weg zu einem intensiven Austausch sein. WissenschaftlerInnen sollen dort die Gelegenheit haben, ihre Ergebnisse und offenen Fragen ihrer feministischen/ gender-orientierten Arbeit zu präsentieren und damit die Gender Kompetenz in den unterschiedlichen Disziplinen der Arbeitsforschung sichtbar zu machen. Die Ergebnisse und Präsentationen werden anschließend dokumentiert.

Die folgenden Fragen sollen der Ausgangspunkt für einen Austausch im Rahmen der *1. Marburger Arbeitsgespräche* sein. Wir laden WissenschaftlerInnen aller Disziplinen ein, Abstracts einzusenden, die sich in dem skizzierten Fragenpool verorten lassen:

Wie ist die historische Entwicklung der Arbeitsforschung aus einem feministischen Blickwinkel zu charakterisieren? Wo liegen die blinden Flecken der traditionellen Arbeitsforschung? Welche Ansätze bieten sich für alternative, feministische Konzepte?

Wie sind die aktuellen Entwicklungen in der Arbeitswelt unter genderorientierten Gesichtspunkten zu bewerten - sei es in Hinblick auf neue Arbeitsorganisationskonzepte, gewandelte Arbeitsstrukturen oder auch (Weiter)Bildungs- und Qualifikationsanforderungen? Wie sind im Zusammenhang mit Arbeit stehende rechtliche Entwicklungen zu beurteilen? Welche neuen, gender- orientierten Ansätze finden sich in Naturwissenschaft und Technik hinsichtlich des Gegenstandsbereiches Arbeit?

Kultur und Identität - lassen sich Veränderungen hinsichtlich der geschlechtlichen Zuweisung in der Arbeitswelt beobachten? Worin bestehen Chancen und Risiken für eine emanzipatorische Entwicklung des Geschlechterverhältnisses?

Wie soll Arbeit aus emanzipatorischer Sicht zukünftig organsiert sein - gerade unter Bercksichtigung der Geschlechterdimension? Wie könnte ein zukunftsfähiger, konzepttauglicher Arbeitsbegriff aussehen? Wie sinnvoll ist ein feministischer Arbeitsbegriff?

Philipps- Universität Marburg
FB 03, Institut für Politikwissenschaft
GendA - Netzwerk feministische Arbeitsforschung, Arbeitsbereich Gender Kompetenz
Karl-von-Frisch-Stt. 8a, MPI-Baracke
D-35032 Marburg oder:
genda@mailer.uni-marburg.de

Grenzen überwinden. Der EU-Erweiterungsprozess und Visionen für Europa aus frauenpolitischer Sicht

Internationale Konferenz
21. – 23. Februar 2003
in Lichtenfels (Oberfranken)

Europa steht vor einem großen Umbruch. Die Europäische Union wird im Jahr 2004 zehn neue Länder aufnehmen und damit auf 25 Mitgliedstaaten anwachsen. Dieser Erweiterungsprozess wird das Gesicht Europas grundlegend verändern. Die jahrzehntelange Spaltung Europas wird durch die politische und wirtschaftliche Integration zahlreicher ehemaliger Ostblockstaaten überwunden werden.

Als Bedingung für den Beitritt mussten die Kandidatenländer sich den ökonomischen, rechtsstaatlichen und demokratischen Standards der Europäischen Union angleichen und das gesamte EU-Recht übernehmen. Zu den Beitrittskriterien gehört auch die Umsetzung des Grundsatzes der Chancengleichheit von Frauen und Männern und des Gender Mainstreaming. Viele Frauen erfahren den Transformationsprozess im Spannungsfeld zwischen Aufbruchstimmung und Ernüchterung. Wie die einzelnen Länder den Transformationsprozess gestalten und wie sich dieser auf die aktuelle soziale, ökonomische und rechtliche Situation von Frauen im Verhältnis zu Männern auswirkt, soll an den Beispielen Polen, Tschechische Republik und Ungarn gezeigt werden. Wie sieht Frauenpolitik in diesen Ländern aus? Auf welche Infrastruktur können Frauen zurückgreifen und welche politischen Forderungen stellen sie auf? Welche Rolle spielt dabei die Europäische Union?

Ebenso wie die Beitrittskandidaten muss sich die Europäische Union vorbereiten, damit sie ob der Vielzahl der Mitglieder und zum Teil gegensätzlicher Interessen regierbar bleibt. In einem Konvent, in dem die heutigen und zukünftigen EU-Mitglieder vertreten sind, wird zur Zeit deshalb ein Entwurf für eine EU-Verfassung erarbeitet. Welchen Stellenwert wird das Thema Geschlechtergerechtigkeit in der sich neu konstituierenden Europäischen Union einnehmen? Welche Bilanz kann bislang in der EU-Gleichstellungspolitik gezogen werden und wie ist ihre nationale Umsetzung?
In der vergleichenden Debatte um Frauengleichstellungspolitik soll auch reflektiert werden, von welchen Prämissen und Rahmenbedingungen westliche Frauenpolitikerinnen im Vergleich zu östlichen ausgehen. Wo sind die gemeinsamen Anknüpfungspunkte und welche gemeinsamen Visionen lassen sich daraus für Europa entwickeln? Wo gibt es schon Beispiele einer erfolgreichen grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und was leistet hierbei die Europäische Union?
Die Konferenz richtet sich an Frauen und Männer dies- und jenseits der heutigen EU-Grenzen. Sie will informieren und über den persönlichen Austausch Netzwerke fördern.
Konferenzsprachen sind Deutsch und Englisch (Simultanübersetzung).
Nähere Informationen bei: FAM - Frauenakademie München e.V., Birgit Erbe, Auenstr. 31, 80469 München, Tel.: +49-(0)89 – 721 18 81, FAX: +49-(0)89 – 721 38 30, info@frauenakademie.de, www.frauenakademie.de

Abenteuer Konflikt
Frühe Gewaltprävention in Kindertagesstätten, Schulen und derJugendhilfe aus geschlechtsspezifischer Perspektive.
Fachtagung für Erzieherinnen und Grundschullehrerinnen am 27.3.03.
Veranstaltet von der Frauenbeauftragten des Main-Kinzig-Kreises
Info unter: conni.keber@mkk.de

"Durch dick und dünn..."
Eßstörungen verstehen lernen
Donnerstag, 27.03.03, Zeit: 10.00-16.30 in Darmstadt
In den letzten 20 Jahren stieg die Anzahl der Mädchen und Frauen mit Essstörungen stetig an, auch bei Jungen ist mittlerweile diese Tendenz zu beobachten.
Als Essstörungen werden multifaktoriell bedingte psychosomatische Syndrome mit süchtigen Verhaltensweisen bezeichnet.
Sie stehen in engem Zusammenhang mit den gesellschaftlichen Verhältnissen und ihren Anforderungen an Mädchen/Frauen bzw. Jungen/jungen Männern und sind individuelle Konfliktlösungsversuche auf ihrer Suche nach Identität und Orientierung.
Tagungsbeiträge sind:
- „Zu dick, zu dünn – gesellschaftliche und geschlechtspezifische Ursachen von Essstörungen“. Referentin ist Dr. Anita Heiliger, Deutsches Jugendinstitut München
- Das ambulante und stationäre Behandlungskonzept an der Klinik für Psychosomatik und Psychotherapie an den Darmstädter Kinderkliniken Prinzessin Margaret. Referent ist der leitende Oberarzt Dr. Fahkri Kahlik.
-Workshops zum Thema
Veranstalterinnen: sefo_femkom, Jugendbildungswerk Darmstadt-Dieburg, Frauenbüro Darmstadt-Dieburg, Fachstelle für Prävention Darmstadt-Dieburg
Kontakt: mail@femkom.de

2nd International Conference on Violence against Lesbians: Domestic Violence
The conference will take place 30./31. May 2003 in Frankfurt/M, Germany.
The conference focuses on Domestic Violence in lesbian partnership. We welcome researchers and projects to present their work. Special focus will be laid on:
a.. Specifics of lesbian battering (e.g. differences between gay and lesbian AND lesbian and heterosexual DV)
b.. Dynamics of lesbian battering relationship
c.. Child abuse and its impact on the development of lesbian identity
d.. Work with lesbian perpetrators
e.. How to build networks to provide psychosocial care for lesbians experiencing violence in their relationship
The call for papers has to be in English, whereas the workshops will be in German, French and English. The papers have to be send to daphne@lesben-gegen-gewalt.de till 15th of January 2003

BISHERIGE SCHWERPUNKTE ab 1990:
Nr. 45/90 Frauen in der Architektur und Planung. Nr. 46/90 Instrument Frau - die politischen Machtverhältnisse um den §218. Nr.47/90 Weg mit dem §218. Nr.48/ 90 Sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz. Nr. 49/90 Frauenforschung und Feminismus. Nr. 50/91 Feministische Mädchenpolitik . Nr.51/91 Rassismus von Frauen. Nr.52/91 Autonomie. Nr.53/91 Prostitution als Beruf Nr.54/91 Rückschlag oder Zunder für die Frauenbewegung - Zur Vereinigung Deutschlands aus der Sicht der autonomen Frauenbewegung. Nr. 55/91 Sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz. Nr. 56/92 Glück in Frauenprojekten? Nr. 57/92 Zur Akzeptanz der lesbischen Lebensweise. Nr. 5 8/92 Gewalt hat ein Geschlecht. Nr. 59/92 Beiträge zu Rechtsradikalismus und Rassismus, Nr.60/92 Lesben und heterosexuelle Frauen - Was uns trennt und was uns verbinden könnte, Nr. 61 /92 Entpolitisierung durch Identitätspolitik? Nr.62/93 Sexueller Mißbrauch von Kindern - Kinderschutz oder Täterschutz? Nr. 63/93 Frauenhandel - Heiratshandel - Prostitutionstourismus, Nr. 64/93 Gynäkologie unter feministischen Aspekten, Nr. 65/93 Erzwungenes gemeinsames Sorgerecht nach Scheidung: Rückschritt zu patriarchaler Bestimmungsmacht über Frauen und Kinder?, Nr. 66/93 Frauenstreik, Nr.67/94 Zur Kopftuchdiskussion, Nr.68/94 Feminismus gegen Rechtsextremismus - Rechtsextreme Tendenzen bei Mädchen und jungen Frauen und antirassistisches Potential feministischer Mädchenarbeit, Nr. 69/94 Sag ich's oder sag ich's nicht? Eine Befragung erwerbstätiger lesbischer Frauen über "offen" bzw. "nicht offen" leben. Nr. 70/94 Institutionalisierte Frauenpolitik am Ende?, Nr. 71 /95 Zehn Jahre 6. Jugendbericht: Was hat sich für Mädchen verändert? Nr.72/95 Die verhinderte Frau. Zur gesellschaftlichen Lage von Frauen mit Körper-Behinderungen. Nr, 73/95 Vergewaltigung in der Ehe. Zur Diskussion um die Reform des § 177, Nr. 74/95 Sexuelle Gewalt: männliche Sozialisation und potentielle Täterschaft, Nr. 75/95 Frauenfeindliche Rechtspraxis bei sexueller Gewalt. Nr. 76/95 Pornographie: - Konsum über Computernetze - aus der Sicht von Frauen, Nr. 77/96 "Männer kriegt den Hintern hoch" - eine kritische Betrachtung der Männerbewegung. Nr. 78/ 96, 13 Jahre autonome Projektarbeit. Nr. 79/96 Eigenständige berufliche Existenz. Nr. 80/96 Die patriarchale Kultur: zu Struktur, Entstehung und Abbau. Nr. 81/96 Von der Emanzipation zum Management - Unternehmenspolitik in Frauenprojekten. Nr. 82/97 Kindesmißhandlungen im Internet/Männergewalt macht keine Männer. Nr. 83/84/97 Strategien gegen Gewalt im Geschlechterverhältnis - Was tun mit Tätern? - Zur Wirkung von Therapie und sozialer Kontrolle, Nr. 85/86/98 Männliche Gewalt gegen Mädchen und Frauen - Ist männliche Gewaltbereitschaft "natürlich"? - Auswirkungen sexueller Gewalt auf die Körper- und Bewegungsentwicklung von Mädchen und Frauen, Nr. 87/ 98 Gewalt gegen Mädchen und Frauen im Sport.,
Nr. 88/99 Männer gegen Männergewalt - Auf der Suche nach einer profeministischen Männerbewegung,
Nr. 89/99 Gewalt gegen Frauen im Krieg,
Nr. 90/99 Aktiv gegen Männergewalt. Konzept und Ergebnisse der Münchner Kampagne,
Nr. 91/00 Zur Therapie von Sexualstraftätern,
Nr. 92/00 Frauen und Militär,
Nr. 93/00 Zwischen Täterschutz, Ohnmacht und Parteilichkeit,
Nr. 94/01 Täterstrategien bei sexuellem Mißbrauch und Ansätze der Prävention,
Nr. 95/01 Feministisches Handeln gegen Gewalt
Nr. 96/02 Jungenarbeit als Männlichkeitskritik
Nr. 97/02 Mädchen im öffentlichen Raum
Nr. 98/02 Arbeitsverhältnisse im Kontext von „Diaspora, Exil, Migration“
Nr. 99/02 Gender Mainstreaming: Sieg oder Ende der Mädchen- und Frauenpolitik?
Nr. 100/02 Chancen und Grenzen von Opfer- und Täterprävention